

DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

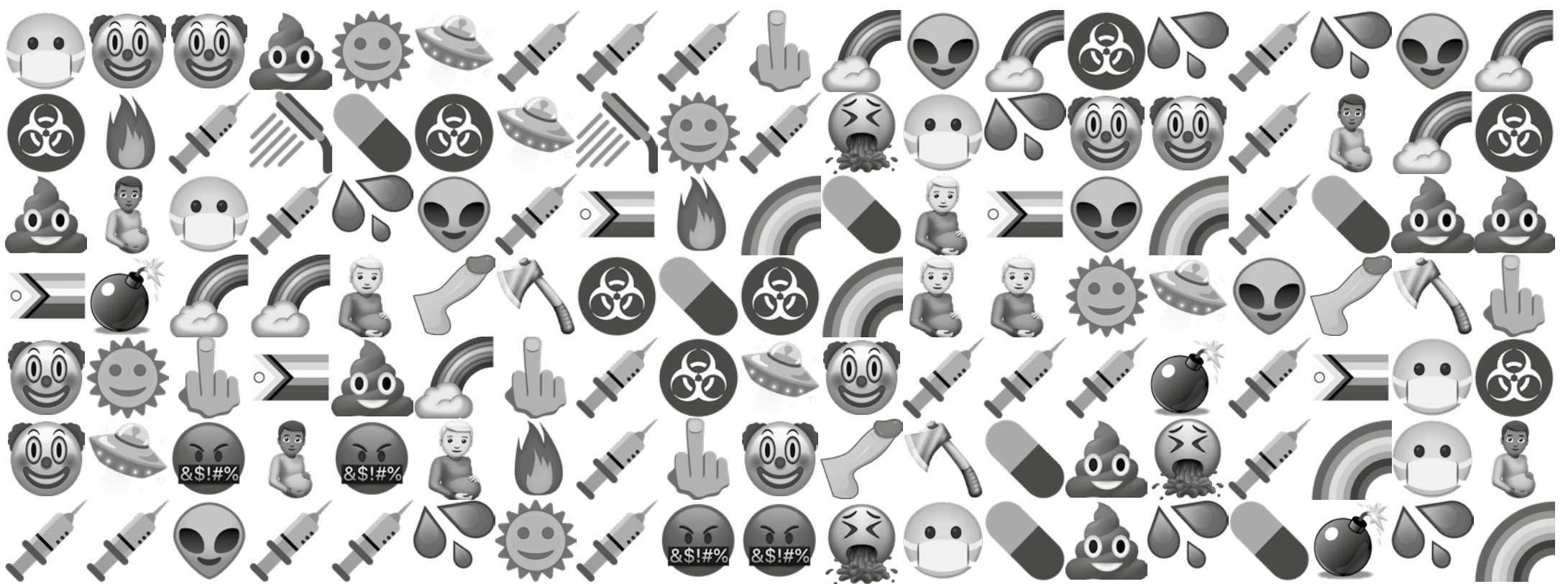


KRITIK BAUT BÜHNEN: *Weimarer Kabarettist Uli Masuth*
im großen DW-Interview © Seiten 12 und 13

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 145, Samstag, 26. August 2023 bundesweit. Verkaufspreis 2,50 Euro: **1 Euro für den Verkäufer** & 1,50 Euro mit Verwendungszweck Crowdfunding bitte an Sodenkamp & Lenz · IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64
Herausgegeben von Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp und Roger Waters mit Prof. Giorgio Agamben



BULLSHIT-TOTALITARISMUS



Blinky-Blinky, Blah-Blah-Blah: Mit bunten Bildchen und immer neuem Schwachsinn zieht das Netz der Konzerne die Bürger in seinen Bann.
Titelgestaltung: Feuerstacke/Sodenkamp/DW.

Der Wahnsinn hat Methode. Total durchgeknallt kommt unser Westen dieser Tage daher. Im US-Parlament diskutiert man über Ufos und deutsche Minister haben Angst vor der Sonne.

Die schon in vorchristlichen Artefakten bezeugte Freizeitbeschäftigung, sich über das Wetter zu beschweren, soll Kern jeder Politik auf der Welt werden. Ohne Bevormundung des Staates dürfen wir unsere Geschlechter wechseln, während uns Oberhäupter erklären, wie man Waschlappen verwendet, Hände wäscht und Heizungen bedient. Niemand soll

diskriminiert werden, nur die Opposition, das sind Kreaturen, »die aus der Hölle kommen«.

Sex and Crime und Aliens und Mutanten. Wir sollen mit gestreutem Schwachsinn beschäftigt werden. Während die Leute an Bildschirmen kleben, die ihnen Konzerne zustekken, Kommentarspalten vollgeschrieben und

Likes gehandelt werden, wird die Welt umgebaut und geht das große Sterben an der Ostfront und in den Reihen der »Geimpften« weiter. Der Westen ist eine Ruine: geistig, materiell und transzendental. Und genau da wollen uns die Konzerne haben. – Dagegen setzen Demokraten seit dem 28. März 2020 ihr entschiedenes Nein.

3 DIGITAL SERVICE ACT
Die Zensur
des Internets
erreicht nächste Stufe

7 RECHTSBEUGUNG
Masken-Richter
Christian Dettmar
wird verurteilt

11 UNTERBIETUNGSWETTKAMPF
Anselm Lenz:
Wir.
Sind. Da.

15 UNI VERLOREN
Journalistik-
Prof Michael Meyen
lässt es krachen

NICHTOHNEUNS.DE

INHALT #DW145

- Bullshit-Totalitarismus, Seite 1
- Miro Wichers wird Preisträger, Seite 2
- Dr. Köhne: Zwei Gedichte, Seite 2
- Markus Fiedler: Das Designervirus, Seite 3
- Anwalt Gordon Pankalla: Die Macht der Medienmacher, Seite 4
- Neues aus Absurdistan: Der satirische Wochenrückblick, Seiten 4, 5
- Prof. Dr. Schwab: Pseudo-Hilfen mit Ätsch-Effekt, Seite 5
- Demonstrationskalender, Montagsspaziergänge, Medienwachen, Seite 6
- Polizisten für Aufklärung: Die Kuh im Propeller, Seite 6
- Exempel am Mut-Richter, Seite 7
- Eklat beim SPD-Wahlkampfauftakt in Bayern, Seite 7
- DW-Verteiler werden, Seite 7
- Interview mit Freiheitstrommler Michael Gräbner, Seite 8
- Bestandsaufnahme, Leserbriefe, Online-Hinweise, Seite 8
- Rüdiger Rauls: BRICS im Visier, Seite 9
- Motor Mittelstand: Der deutsche Michel lebt, Seite 10
- Interview mit Bauernsprecher Anthony Lee, Seite 10
- Herzlicher Willkommensgruß für den Kanzler in Düren, Seite 10
- Soll die Angst vorm Klimawandel verstärkt werden?, Seite 11
- Bergkarabach: Droht ein Völkermord?, Seite 11
- Das große DW-Interview mit Uli Masuth von Hendrik Sodenkamp, Seiten 12, 13
- Das Letzte – von Anselm Lenz, Seite 13
- Anselm Lenz: Wer unterbietet mehr?, Seite 14
- Veranstaltungskalender, Seite 14
- Prof. Michael Meyen: Wie ich meine Uni verlor, Seite 15
- Sport mit Berthold: Von Damen und Mannschaften, Seite 15
- Christen im Widerstand: Lehrt Christentum blinden Gehorsam?, Seite 15
- DW-Buchempfehlungen, Seite 15
- Grundgesetz und DW-Coupon, Seite 16

IMPRESSUM | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. Gegründet und entwickelt von Anselm Lenz. | 145. Ausgabe ab Samstag, 26. August 2023. | Redaktionsschluss war am 24. August. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | Förder- und Freundeskreis dieser Wochenzeitung: Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, D-10211 Berlin. | ZeitungsvverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. Spenden für die Zeitung sind weiterzuleiten (siehe unten). | Online: demokratischerwiderstand.de

Chefredakteur: Anselm Lenz. Stlv. Chefredaktion: Hendrik Sodenkamp. **Chef vom Dienst:** Klaus Müller. **Redaktion Krieg & Frieden:** Felix Feistel (Ltg.), Ilia Ryvkin, Flo Osrainik. **Sportchef:** Thomas Berthold. **Layout und Satz:** Ute Feuerstacke, Anselm Lenz. **Fotoressort:** Georgi Belickin, Sandra Doornbos, Gerd Danigel, Steve Schramm. **Weitere Redaktionsmitglieder:** Ullrich Mies, Doro Neidel, Torsten Wetzels, Batscha N'Diaye, Nadine Strotmann, Wolfgang Greulich, Johnny Rottweil, Dr.med. Alexander Richter, Prof. Martin Schwab. **Korrekturat:** Stefanie Supé, Barbara Klumpp. V.i.S.d.P. Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperationen:** De Andere Krant, Amsterdam. **UEP** United Free Press, London. **Verlagsvertragspartner:** Edition du Seuil, Paris. **Herausgegeben von:** Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp, Roger Waters, Prof. Giorgio Agamben. Co-Herausgeberschaft (ruhend): Batscha N'Diaye. Aus Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit 17. April 2020. **Verlag:** Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Geschäftsführer Hendrik Sodenkamp & Anselm Lenz, Mitglied im VDZ, Verband der Zeitschriftenverleger Berlin-Brandenburg. Amtsgericht Berlin-Charlottenburg HRB224921B, USt-ID-Nr. DE 340880295. **Druck:** Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S *M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwährend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.

NICHTOHNEUNS.DE | Der **5-Punkte-Plan** seit 28. März 2020: **1.** Sofortiges Ende der Corona-Maßnahmen auch in Deutschland. **2.** Wiedereinhaltung des Grundgesetzes, des Nürnberger Kodexes und des Menschenrechtes in Wortlaut und Sinn. **3.** Neuwahlen, Brechung des Parteienprivilegs, imperatives Mandat. **4.** Volksentscheide über alle grundlegenden Angelegenheiten. **5.** Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes mit Wirtschafts- und Sozialcharta. **Spenden an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung,** Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an Sodenkamp & Lenz, **IBAN:** DE71 1705 6060 0101 0320 64



Wir Verschörung im Park

Der Preis der Republik geht an Miro Wichers.
LAUDATIO von Batseba N'Diaye

Wenn die Regierung alles dacht macht, blüht der Widerstand an Orten auf, die man vorher nicht vermutet hätte. Seit dem September 2020 organisiert der Berliner Demokrat Miro Wichers in Berlin wöchentlich verschwörerische Picknicks unter Linden, Kiefern und hinter Buchs.

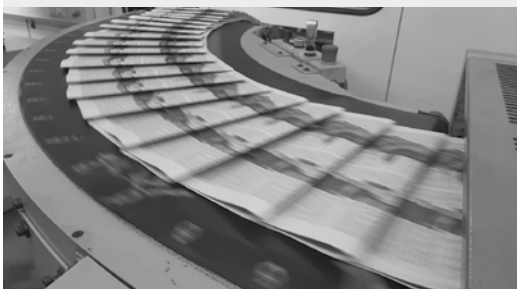
Der Sonntag in Deutschland ruft zu Kaffee und Kuchen, da finden sie sich zusammen, die Berliner Demokraten. Im Tiergarten, im Mauerpark, im Gleisdreieck, in Wäldern oder auch mal auf dem Friedhof. Organsiert werden die sogenannten PanCorona-len-Picknicktreffen jede Woche erneut von Miro Wichers, der so für Hunderte eine soziale Stütze im asozialen Notstands-Deutschland aufbauen konnte. Man lernt sich kennen, Fremde fangen an, sich zu verstehen, Demos, Aktionen und Flugblätter werden konzipiert. Da geht was.

»Seit 2020 schuf Miro einen Raum, in den sich Demokraten einmal in der Woche

vom Wahnsinn zurückziehen können«, schreibt uns eine Berliner Demokratin. Vor allem während des 2G/3G-Segregationsregimes war das laut ihren eindringlichen Zeilen eine menschlich nicht zu unterschätzende Leistung. Leute kamen hinzu, viele blieben, einige gingen und kamen wieder. War wieder einmal Großdemo in Berlin, stießen auch Demokraten aus Kiel, Wuppertal, Zwönitz oder Kempten hinzu. Dass sie das demokratische Heerlager hinter den Hibiskushecken, Puffbohnen und unter den Klettergurken auch fanden, dafür war wiederum Miro zuständig. Selbst im Winter, wenn Lauterbachs Zaubernuss aufblüht, traf man sich, gab sich Halt, vermittelte Rat und Tat und brachte den Widerstand voran.

Sollte das Regime einmal das Internet ausschalten, wissen Berliner Demokraten, wo sie sich am Sonntag treffen. Miro half Hunderten mit seinen konstanten Treffen, menschlich durch Corona zu kommen. Dafür gebührt ihm Dank, Respekt und der Preis der Republik.

DER PREIS DER REPUBLIK FÜR AUFKLÄRUNG, COURAGE, FREIE DEBATTE, GRUNDGESETZ UND DEMOKRATIE GEHT AN MIRO WICHERS DIE AUSZEICHNUNG WIRD SEIT DEM 27. JUNI 2020 VOM UNTERSTÜTZERVEREIN DIESER WOCHENZEITUNG IN FORM EINER MEDAILLE AM BAND VERGEBEN.
Alle Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebe, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hiltz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Däblitz, Nicki Minaj, Freddy Independent,



Das Bankkonto dieser Zeitung wurde im April 2023 vonseiten der Bank einfach dicht gemacht. Die zwölfte Kontosperrung innerhalb von drei Jahren. Warum wird das veranlasst? Opposition und Kritik sollen verstummen, »trocken gelegt werden« (Nancy Faeser, Bundesinnenministerin) und spurlos verschwinden. Diese gedruckte ZEITUNG schreibt Geschichte seit #DW1 vom 17. April 2020. Es folgt unsere neue Crowdfunding-Bankverbindung. Danke!

Empfänger: Sodenkamp & Lenz Verlag
IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64
Verwendungszweck: Crowdfunding DW-Zeitung

••••• DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE •••••

Zwei Gedichte aus dem Zyklus »Post-Corona-Love«

EINWURF von Werner Köhne

1

Bevor du gehst
ein letzter Schnapp-Schuss
deine vorgerückten Lippen
mein entsicherter Atem

der Dunst vor deinen Augen
versperrt mir jeden Einwand
wie scharfer Rückstand sind wir
aus zerredeter Nacht

die Herzwände locken mal wieder
mit schwerem ungebetenem Puls

wo früher die Haut nass war
zwischen uns
der Leicht-Sinn des Augenblicks
uns band
nun die Steppe
des Aus-Ein-Ander-Seins

War'n wir je die, die wir sind
oder trieben sie blind uns vor sich
her?

zuletzt ein zähes Schweigen
der Erinnerung ein störrisches Ziel

oh strömen strömen
draußen sein – mit dir
du Entliebte und leben:
wie ein Strahl aus bitteren Sonnen

2

Gelöscht
die falschen Lieder
die nochmals gekauften Bilder

bist du, sind wir noch da
in verminten Körpern
ausgeliefert dem Spiel der
Neuronen
dem Zungenschlag hoch züngelnder
Ideen?

ein falsches Wort nur
aus dem Container der verordneten
Fakten
und du erstarrst
die Welt – reißt von der Leine



DW: PHILOSOPHISCHE PRAXIS

Wo kommt das her? Wo gehen die hin? Ist das noch Mensch? Darf ich noch hoffen? – Sprechstunde mit DW-Hausphilosoph Dr. Werner Köhne zu den großen Fragen des Alltags im Corona-Regime. Immer erreichbar montags 15 bis 21 Uhr unter

• 49 (0)162 / 63 60 112

ZENSUR! Der Staat zensiert das Internet. Die Landesmedienanstalt Berlin-Brandenburg will direkt Artikel des unabhängigen Nachrichtenportal *apolut.net* aus der Welt verbannen und droht mit Strafe, wenn die Kollegen bei Apolut, diese nicht aus dem Netz nehmen. Dieses verfassungsbrüchige Vorgehen betrifft den Diplom-Biologen Markus Fiedler und zwei Texte, die für den Demokratischen Widerstand verfasst wurden, hier zuerst erschienen und dann auch bei Apolut kollegial zweitveröffentlicht wurden.

Wir drucken diese Texte hier sukzessive erneut zur historischen Dokumentation ab. Diese Woche erscheint hier Text N°2. Wer weiß, wie lange sie noch im Internet überhaupt zugänglich sein werden. Sie haben nichts von ihrer Gültigkeit verloren. Mittlerweile teilen selbst »Qualitätsmedien« die Punkte, die im Rahmen dieser Zeitung von Markus Fiedler ermittelt wurden. Eine umfangreiche Stellungnahme des Wissenschaftsjournalisten finden Sie auf *apolut.net* und auf der Seite des Autoren: markus-fiedler.de. Zumindest noch. Die Zensur betrifft vorrangig das Internet. Dieser Zeitung ging kein Schreiben ein, das uns zur Löschung der Artikel aufforderte. Was auch unmöglich wäre, da sie auf Papier gedruckt nicht mehr aus der Welt zu kriegen sind.

DW-AUFRUF: Unterstützen Sie Apolut für die Rechtsstreitigkeiten! Markus Fiedler! Und klar: diese gedruckte und unzensierbare Zeitung.

DAS DESIGNERVIRUS

Das Sars-Cov-2 Virus stammt mit überaus großer Wahrscheinlichkeit aus einem Biolabor und wurde absichtlich in seiner Infektiosität verstärkt | Von Markus Fiedler aus DW 92 vom 4. Juni 2022

Das **Spike-Protein** wurde mit dem **Erbgut des HI-Virus** absichtlich modifiziert. Genau dieses **Spike-Protein** ist in seiner modifizierten Version der **Hauptwirkstoff aller Sars-Cov-2-Gen-Impfstoffe**.

Die Arbeit »Uncanny similarity of unique inserts in the 2019-nCoV spike protein to HIV-1 gp120 and Gag« von der Arbeitsgruppe der Forscher Prashant Pradhan, Ashutosh Kumar Pandey, Akhilesh Mishra und anderen wurde am 31. Januar 2020 als Vorabveröffentlichung publiziert. Sie enthält in mehrfacher Hinsicht Sprengstoff. Die Autoren stellten beispielsweise fest: »Es ist unwahrscheinlich, dass das Auffinden von vier einzigartigen Inserts im 2019-nCoV, die alle Identität/Ähnlichkeit mit Aminosäureresten in Schlüsselstrukturproteinen von HIV-1 aufweisen, zufälliger Natur ist.«

KANN KEIN
ZUFALL SEIN

Interessant ist, dass alle vier *Inserts* nicht nur zufällig im Corona-Virus Sars-Cov-2 auftauchen, sondern drei davon ausgerechnet an den drei freistehenden Spitzen des *Spike*-Proteins, welches wiederum die enzymatisch aktiven Teile sind, die die Fusion der Zellmembran mit der viralen Membranhülle einleiten. Vergleichen Sie dazu bitte die Darstellungen auf Seite 3 des DW in Ausgabe 91 beziehungsweise den auf *apolut.net* in Kopie veröffentlichten Artikel.

Und diese Sequenzen sind nicht zufällige Sequenzen aus dem Genom vom HIV, sondern im Falle der drei so exponiert eingebauten Aminosäuresequenzen handelt es sich ausgerechnet um Aminosäuresequenzen aus dem GP120-Protein von HIV. GP120 ist seinerseits das *Spike*-Protein vom HI-Virus, der bekanntermaßen das Krankheitsbild Aids hervorruft. Aids hat deswegen eine so verheerende Wirkung, weil weiße Blutkörperchen mit CD4-Rezeptoren befallen werden. Und das GP120 vermittelt genau die Reaktion mit dem CD4-Rezeptorprotein. Diese T-Helferzellen (CD4-Lymphozyten) sind ein elementarer Bestandteil des Immunsystems, und ihr Ausfall in Folge der HIV-Infektion hat ein breitgefächertes Immunversagen des Patienten zur Folge.

Wie schon im letzten Artikel erwähnt, gab es eine E-Mail an den amerikanischen »Chief Medical Advisor to the President« Dr. Anthony Fauci, die neben 3.200 anderer E-Mails im Rahmen einer Informationsfreiheitsklage an die Öffentlichkeit kam. Darin wurde deutlich zum Ausdruck gebracht, dass von Sars-Cov-2 die Gefahr ausgehen könnte, dass dieses Virus nicht nur Zellen mit ACE-Rezeptor befällt, sondern zusätzlich auch Zellen mit CD4-Rezeptor! Der unkenntlich gemachte Schreiber empfahl dringend weitere Forschung zu dieser sehr wichtigen Fragestellung.

Zitat: »In anderen Worten, das [Covid-19]-Virus könnte potentiell zwei Ziele haben. Die Lunge und potentiell zusätzlich CD4-T-Zellen.«

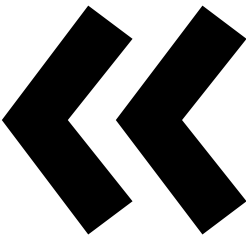
Die in den Corona-Gen-Impfstoffen verwendeten Gensequenzen für das *Spike*-Protein enthalten genau diese aus HIV künstlich eingebrachten Gensequenzen! Wenn man einer sehr sehenswerten RT-Dokumentation namens »Biologische Waffen – Wahrheit oder Lüge?« vom Mai 2022 glauben darf, geht die Entwicklung von *Gain-of-Function*-Forschung (die hier vorliegt) und den passenden Impfstoffen mit einher. Daher stellt sich die Frage, ob die Corona-Impfstoffe wirklich erst ab 2020 und nicht schon viel früher entwickelt wurden. Dafür sprechen einige Indizien.

IMMUNSYSTEM
UNTER BESCHUSS

Wie früher schon von mir berichtet, klagten einige Patienten nach Corona-Gen-Impfungen über ein defektes Immunsystem. Das wird auch schon zwangsweise in den *Mainstream*-Medien bei sogenannten Faktencheckern diskutiert, weil eine niederländische Studie hier sehr viel Staub aufgewirbelt hatte. Und es bleibt abschließend die erschreckende Erkenntnis, dass erste Beobachtungen von Dr. Peter A. Mc Cullough vollkommen korrekt sind, dass mit Corona-Gen-Impfstoffen behandelte Patienten plötzlich auf HIV-Tests positiv ansprachen. Auch dass der Nobelpreisträger und Entdecker des HIV, Prof. Dr. Luc Montagnier frühzeitig auf HIV-Sequenzen in Sars-Cov-2 hinwies und seinerseits von einem künstlich erzeugten Virus sprach, darf nicht unerwähnt bleiben. Im DW Nr. 74 vom 24. Dezember 2021 hatten wir bereits darüber berichtet. Schöne neue Corona-Welt.



Demokratin am 19. August 2023 in Wuppertal.
Foto: Georgi Belickin/DW.



MELDUNG

GERICHTE ENTSCHEIDEN
NACH TAGESFORM

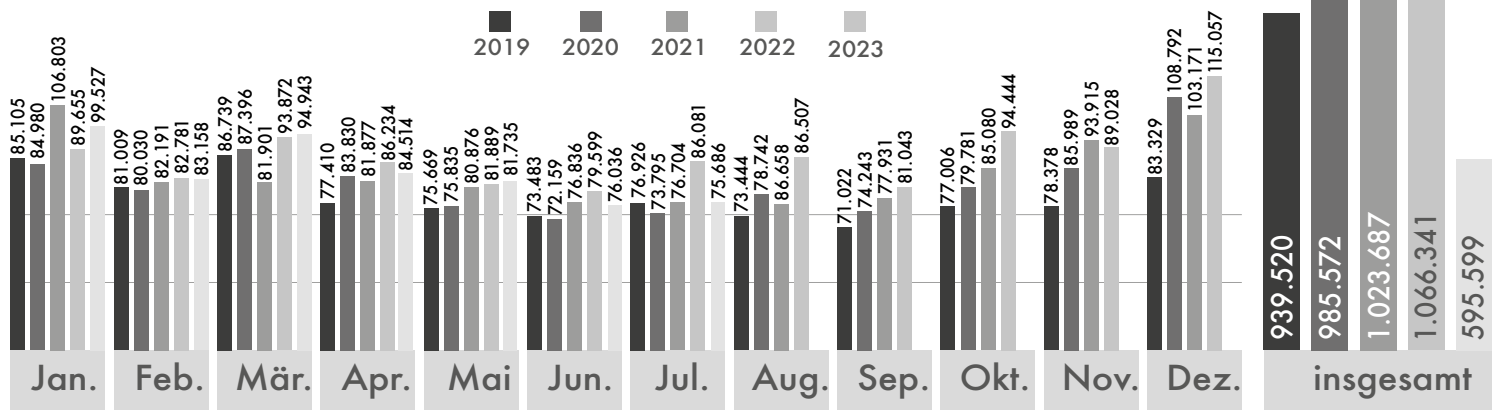
Mainz/Bamberg/DW. Als »Schlag ins Gesicht aller Betroffenen« bezeichnete die Klägerin Pia Galler-Aksoy das Urteil, welches das Landgericht Mainz zu ihrer Schadenersatzklage gegen Astrazeneca am 22. August 2023 sprach. Die Zahnärztin war drei Tage nach der Spritze mit dem Stoff dauerhaft auf einem Ohr taub geworden. Die Berufsgenossenschaft erkannte dies als Impfschaden an, dennoch entschied das Gericht, dass dieser keinen Schadenersatz wert sei, da »der positive Nutzen der Impfung das Risiko überwog«. Sie will weiter klagen. Anders entschied das Oberlandesgericht in Bamberg, wo der Richter am 17. August 2023 in einer Schadenersatzklage gegen Astrazeneca wegen Koma und der Notwendigkeit einer Darmentfernung anordnete, dass Gutachterstimmen eingeholt werden müssen. (hes)

CORONA SOLL
WEITERGEHEN

Washington/DW. Nach beidseitiger Stabilisierung der Front im amerikanisch-russischen Krieg: Laut mehrerer US-Quellen soll der Injektionsgenozid ab Mitte September 2023 wieder aufgenommen und auch Kinder systematisch angegriffen werden (sog. Spike-Proteine). Das globalfaschistische Programm überlagert seit März 2020 die hausgemachte Weltwirtschafts- und Legitimitätskrise der Terroreliten. (ale)

Quelle: Statistisches Bundesamt

Sterbefallzahlen Deutschland



WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Oben sehen Sie die Sterbefallzahlen im Vergleich der Jahre. Es wird klar: Es gab nie eine gemeingefährliche Seuche. Die Sterbefälle halten sich im Jahr 2020 im Rahmen der Vorjahre. Zieht man die Geburtenstärke der Jahrgänge um 1940 mit ein, hatten wir 2020 sogar eine Untersterblichkeit.

Erst mit dem Beginn der Impfkampagne im Dezember 2020 zieht die Übersterblichkeit an. Ebenso zeichnen sich ab 2021 die Schäden der »Corona-Maßnahmen« ab. Im Herbst 2022 und dem Winter 2022/23 wird sogar ein Anstieg der Sterblichkeit von bis zu 20 Prozent verzeichnet. Der Grund: Die Injektionen. Die Zahlen sind die aktuellen des Statistischen Bundesamtes.

Die Macht der Medienmacher

Mit ihrer Propaganda erweisen ÖRR, Springer & Co der Demokratie einen Bärendienst | Von Rechtsanwalt Gordon Pankalla

Die Bürger verlieren ihr Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des deutschen Staates. Das geht aus der Bürgerbefragung des Deutschen Beamtenbundes hervor. Demnach finden nur 27 Prozent, der Staat sei in der Lage, seine Aufgaben zu erfüllen. 69 Prozent dagegen halten ihn für überfordert. Wesentlichen Anteil daran trägt meiner Ansicht nach die vierte Säule der Demokratie – die Medien. In dem Glauben die »Demokratie retten« zu müssen, haben die Pressevertreter längst von objektiver Berichterstattung auf Propaganda »umgeschaltet«.

Dass GEZ.-Medien nicht mehr objektiv berichten, fällt inzwischen sogar bei Axel Springer auf. In der *Bild* kritisierte kürzlich ein gewisser Professor Bernd Stegemann das *ZDF* für seine Berichterstattung und Manipulationen. Er sagte: »Die Empfindung, dass mit manchen Beiträgen im ÖRR etwas nicht stimmt, teilen inzwischen viele Menschen.« Und: »Wer die politische Stoßrichtung begrüßt, mag die Manipulation für nebensächlich oder sogar richtig halten, doch wer mit der Aussage hadert, dem stoßen die Versuche der unterschweligen Beeinflussung übel auf.«

Die Manipulation fängt aber nicht bei der Falschmeldung an, sondern bereits bei der Auswahl der Nachrichten. Während die sogenannten Querdenker es mit ihren Inhalten nie in die Nachrichten geschafft haben, lesen und sehen wir jeden Tag, wenn sich ein Klimakleber wieder auf die Straße

geklebt oder ein lokales Gewitter zu einer Überschwemmung geführt hat. Die Auswahl dieser Nachrichten soll beim Zuschauer Emotionen wecken. Und je häufiger sie diese sehen, desto mehr verfestigt sich der Eindruck: Da muss ja was dran sein.

Dass in Deutschland ein Regieren gegen die Leitmedien nicht möglich ist, wissen die Medienmacher seit langem. Robin Alexander hat in seinem Buch »Die Getriebenen« die Rolle der Presse in der Flüchtlingskrise von 2015 beleuchtet. Alt-Kanzlerin Angela Merkel (CDU) stand damals vor der Entscheidung, entweder die böse Kanzlerin zu sein oder die gute »Mutter Merkel«. Voller Reue versprach sie später, um die konservativen Wähler bei der Stange zu halten, dass sich so etwas nicht mehr wiederholen werde. Zu Gunsten ihrer Wiederwahl hat sie den konservativen Markenkern der CDU verraten. Dies führt heute dazu, dass Parteichef Friedrich Merz ein Dilemma hat: Die Konservativen sind ihm nach rechts zur AfD weglaufen, die jüngeren Wähler zu den Grünen abgehauen, während aus München Markus Söder tönt, dass die CSU die besseren Grünen seien. Klar ist jedoch, dass es eine Wende zurück zur alten CDU-Politik nicht mehr geben soll.

Die Brandmauer nach rechts steht bei den Medienmachern, und die Transformation der Gesellschaft hin zur neuen grünen (idealen) Welt darf niemand mehr in Frage stellen. Dass die Flüchtlingskrise 2.0 längst in vollem Gange ist, wird in der Berichterstattung einfach ignoriert. Der Unterschied zu 2015 besteht darin, dass die Menschen



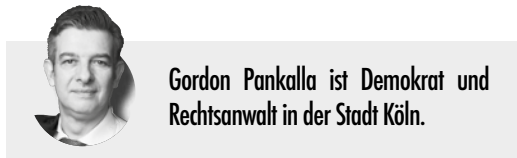
Demokraten in Wuppertal tragen ihren Protest auf die Straße. Foto: Georgi Belickin

den Medien eben nicht mehr glauben und dass inzwischen genug alternative Medien die Lücken schließen. Seit der Corona Berichterstattung haben die Leitmedien jede Glaubwürdigkeit verspielt, dies wissen die Medienmacher auch und daher geht es weiter nach dem Motto: Ist der Ruf erst ruiniert, berichten wir ganz ungeniert. Auch dass die Gendersprache von der Mehrheit der Zuschauer nicht gewollt ist, interessiert nicht. Der Rundfunkauftrag für eine breite und objektive Berichterstattung besteht zwar noch, aber nur auf dem Papier. Konsequenzen haben die Verantwortlichen nicht zu befürchten, allenfalls der Bürger, sofern er die Zwangsgebühren nicht mehr zahlen will.

Und somit leistet die vierte Säule der Demokratie eben dieser durch ihre einseitige Berichterstattung einen Bärendienst: Sie zerstört nicht nur den Glauben an die Presse, sondern auch an diesen (Rechts-) Staat. Der Treppenwitz ist, dass sie genau zu dem beiträgt, was sie verhindern will – einen Rechtsruck in der Gesellschaft. Sie leistet beste Schützenhilfe für die AfD, deren Vertreter sich längst auf die einseitigen Interviews eingestellt haben und nicht mehr aus dem Fernsehstudio rennen.

Ich bin überzeugt davon, dass die Redakteure glauben, auf Zeit spielen zu müssen. Ist ihre schöne grüne Welt endlich da, hätten sich alle Zweifler und Abweichler von selbst erledigt. Ob der Plan aufgeht? Sieht eher schlecht aus. Bei den täglichen Horrormeldungen aus der Wirtschaft wird der von Brüssel ausgerufene *Green-Deal* und das damit verbundene grüne Jobwunder wohl krachend scheitern. Wer aber glaubt, dass die dafür verantwortlichen Politiker dann von selbst ihre Posten räumen werden, denen sage ich: Bevor das passiert, werden sie zu allen Mitteln greifen, um ihre Macht nicht zu verlieren. Dann kommt der Krieg zu uns. Dafür scheint man sich aktuell bereits zu rüsten. Oder wie ist es sonst zu verstehen, dass man nun vier Milliarden »Sondervermögen« für ein Raketenabwehrsystem ausgeben will?

Wer die Wahrheit verrät, um die Demokratie zu schützen, der wird am Ende beides verlieren.



Gordon Pankalla ist Demokrat und Rechtsanwalt in der Stadt Köln.

»Gefallene Engel aus der Hölle«: Herr Scholz, machen Sie bitte weiter so!

Neues aus Absurdistan: Der satirische Wochenrückblick | Von Klaus Müller

Liebe Leser, ist es nicht schön, dass wir einen Kanzler haben, der es wie kein anderer versteht, das Volk zu einen? Unsere Demokratiebewegung bekommt dank ihm und anderer lebenswerter Politfiguren immer mehr Zulauf. Ob Querdenker, Verschwörungstheoretiker, Coronaleugner, Impfskeptiker, Klimaverharmloser, Wärmepumpenverweigerer ... – jetzt auch noch »gefallene Engel aus der Hölle«. Was auch schöne ist: Man wird kreativer bei der Verunglimpfung demokratischer Bürger, die sich für Frieden und Freiheit einsetzen. Immer nur »Nazi, Nazi, Nazi« wird ja irgendwann auch langweilig und nutzt sich ab.

Wie heißt es in George Orwells Roman »1984«: »Krieg ist Frieden! Freiheit ist Sklaverei! Unwissenheit ist Stärke!« Oder man formuliert es eben wie Scholz bei seiner Rede auf dem Münchner Marienplatz zum SPD-Wahlkampfauftritt in Bayern (Seite 7). Hatte er nicht einst als Hamburger Innenminister den Einsatz von Brechmitteln eingeführt? Bei solchen Reden bräuchte man

die nicht mehr. Aber so erschreckend und verstörend für einen normal tickenden Bürger in einem vermeintlich demokratischen Land die Worte des Kanzlers auch gewesen sein mögen: Ich nehme sie ihm nicht übel. Im Gegenteil: Ich bin ihm dankbar. Noch ein paar Auftritte dieser Art, dann haben es auch die Letzten in diesem Land geschnallt, dass wir von bösen und skrupellosen Figuren regiert werden, die ihre Kraft ganz sicher nicht dem Wohle des Volkes widmen, jedenfalls nicht dem Wohle des deutschen Volkes. Scholz gilt nicht von ungefähr als der beste Kanzler, den die USA jemals hatten.

Und er legte nach: »Frieden schaffen ohne Waffen. Also das finde ich total lustig«, erklärte Scholz in einem Interview mit der *Augsburger Allgemeinen*. Tja, ein Diplomat von Welt eben, wie ihn sich die Kriegsindustrie nicht besser vorstellen könnte. Eigentlich müsste er sich für sein Handeln und seine Aussagen in Grund und Boden schämen. Aber das geht nicht: Schämen kann sich nur, wer ein Gewissen und einen moralischen Kompass hat, der noch intakt ist. Scholz jedoch kennt, wie jeder weiß, keine roten Linien mehr und beweist das immer wieder

aufs Neue. Frühere SPD-Größen wie Helmut Schmidt und Friedensnobelpreisträger Willy Brandt würden sich im Grabe umdrehen. Wie sagte Schmidt einst: »Lieber 100 Stunden umsonst verhandeln als eine Minute schießen.« Aber auch das folgende Zitat stammt von ihm: »Die Dummheit von Regierungen sollte niemals unterschätzt werden.« Das Problem ist nur, dass wir hier schon lange nicht mehr »nur« über Dummheit reden.

Auch die Regime-Medien nahmen – das erklärt sich von selbst – Scholz seinen diabolischen Auftritt in München nicht übel. Die *Süddeutsche Zeitung* beschrieb den Kanzler gar als »lebhaft und leidenschaftlich«. Ja, diese positiven Attribute trafen in der Vergangenheit schon auf viele andere zu, die nachweislich nichts Gutes im Sinn hatten. Der Kanzler selbst dürfte sich möglicherweise schon einen Tag später gar nicht mehr an das Gesagte erinnern haben. Spötter sagen ja, Cum-Ex-Olaf leide unter selektiver Demenz. Bei einem derartigen Krankheitsbild helfen sicher keine Ginseng-Kapseln mehr, da könnte allenfalls eine fünfte oder sechste mRNA-Injektion nützlich sein. Vorrat dürfte ja noch vorhanden sein, schließlich hat Uschi

von der Leyen einst für jeden EU-Bürger satte zehn Spritzdosen eingekauft.

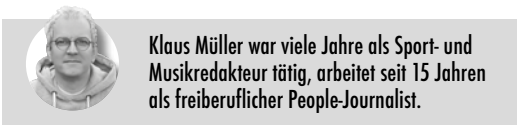
Was ist in den vergangenen Tagen sonst noch passiert? Knaller-Auftakt in der Fußball-Bundesliga: Beim Spiel des FC Augsburg gegen Borussia Mönchengladbach (4:4) erwiesen sich nicht nur die Kicker beider Teams als sehr treffsicher. Nach der Partie feuerte auch ein Polizeibeamter einen Schuss ab. Versehentlich! Die Kugel landete in einem Gladbacher Fanbus, der zum Zeitpunkt leer war. Es war also pures Glück, dass es keine Toten gab. Das LKA ermittelt. Wer sich an das Auftreten der bayerischen Polizei bei den Freiheitsdemos der vergangenen drei Jahre erinnert, ist bei dieser Meldung allenfalls mäßig verwundert.

Der *WDR* *fram*t mal wieder. Diesmal geht es um die 160 Tonnen Kerosin, die der Regierungsfieger von Annalena Baerbock jüngst während ihrer verpatzten und letztlich abgebrochenen Reise (DW berichtete) abgelassen hatte. Diese seien laut *WDR* nicht klimaschädlich. Nee, ist klar, natürlich

➔ Weiterlesen auf Seite 5

Fortsetzung von Seite 4

nicht. Das stets manipulierende *ZDF* fragt derweil, ob Regen mittlerweile »schönes Wetter« sei. Ein CDU-Verkehrspolitiker spricht sich für eine Helmpflicht für Fahrradfahrer aus, während die *ARD* in ihrer Mediathek fleißig Warnhinweise verteilt: Otto Waalkes, Harald Schmidt und Schimanski seien nun mit Vorsicht zu genießen. Es hat den Anschein, also wolle man uns, die dummen und unmündigen Bürger, vor allem und jeden schützen. Aber warum bloß nicht vor dieser gemeingefährlichen Regierung? Vielleicht könnte man bei Interviews mit Politikern oder Übertragungen aus dem Bundestag künftig auch mal Warnhinweise einblenden: Korruption, Lügen, Satanismus. Wie sagte doch einst Willy Brandt: »Die ganze Politik soll sich zum Teufel scheeren, wenn sie nicht dazu da ist, den Menschen das Leben etwas leichter zu machen.«



Klaus Müller war viele Jahre als Sport- und Musikredakteur tätig, arbeitet seit 15 Jahren als freiberuflicher People-Journalist.



Demoschild am 19. August 2023 in Wuppertal. Foto: Georgi Belickin/DW



PSEUDO-HILFEN MIT ÄTSCH-EFFEKT

KOLUMNE RECHTSSTAAT
von Prof. Dr. Martin Schwab

Eine Kosmetikerin bekommt im ersten Lockdown 9.000 Euro Soforthilfe. Einen großen Teil fordert das Land NRW später zurück. Die Kosmetikerin klagt und bekommt in beiden Instanzen Recht. Vorerst. Denn das dicke Ende könnte erst noch kommen.

Lädt man das Urteil des OVG Münster vom 17. März 2023 – 4 A 1986/22 von der Datenbank *OpenJur* herunter, bekommt man ein pdf-Dokument mit 29 eng bedruckten Seiten. Viel Mühe hat man sich in Münster gegeben, um die folgenden rechtlichen Aussagen zu begründen:

1. Der Empfänger dürfe die Hilfgelder nicht schon dann behalten, wenn er *Lockdown*-bedingten Umsatzausfall in entsprechender Höhe nachweisen könne. Das Geld diene nur dazu, einen Liquiditätsengpass oder eine wirtschaftliche Notlage zu überbrücken – die natürlich ihrerseits ebenfalls durch den *Lockdown* bedingt sein müssten.

2. Wer die Soforthilfe bis zum 1. April 2020 »gegen 13.30 Uhr« bewilligt bekommen habe, habe das Geld außer für betriebliche Ausgaben auch für seinen Lebensunterhalt verwenden dürfen. Daran habe auch eine spätere Neuformulierung der Förderrichtlinien nichts mehr ändern können. Wer die Bewilligung später erhalten habe, habe demgegenüber für den Lebensunterhalt ALG II beantragen müssen.

3. Das Land NRW hatte einen Liquiditätsengpass angenommen, soweit die Ausgaben im Förderzeitraum die Einnahmen überstiegen. Die Praxis, jene Hilfen zurückzufordern, die nicht benötigt wurden, um einen so verstandenen Liquiditätsengpass zu überbrücken, sei im Bewilligungsbescheid nicht angelegt gewesen und daher rechtswidrig.

Das Land NRW dürfe aber jetzt einen neuen Anlauf nehmen und von allen Empfängern den Nachweis fordern, wofür genau die Soforthilfen verwendet worden seien.

Diese Entscheidung enthält für die Empfänger der Corona-Hilfen zwei gefährliche Fallstricke:

Zum einen erwartet das OVG Münster von den Empfängern offenbar, dass sie minutlich im Internet nach aktuellen Änderungen der Förderrichtlinien fahnden. Denn wie kam die Zäsur »1. April 2020 gegen 13.30 Uhr« zustande? Das Land NRW hatte eine Internetseite »Allgemeine Fragen und Antworten zur Antragstellung« bereitgestellt. Diese wurde zwischen dem 25. März und dem 31. Mai 2020 insgesamt 15-mal geändert. Die Förderrichtlinien mutierten also schneller als das Virus. Und ausgerechnet am 1. April 2020 gegen 13.30 Uhr – genauer ließ sich das offenbar nicht rekonstruieren – wurde jene Veränderung veröffentlicht, die es den Empfängern untersagte, Hilfen für den eigenen Lebensunterhalt zu beantragen.

Die Klägerin hatte im konkreten Fall Glück: Sie hatte die Hilfe am 1. April 2020 um 10.11 Uhr beantragt und am 1. April 2020 um 10.14 Uhr, also drei Minuten später, bekommen. Also alles klar vor 13.30 Uhr. Natürlich automatisiert – aber immerhin war es dem Wirtschaftsministerium NRW in dieser kurzen Zeit gelungen, das Antragsverfahren in dieser Weise einzurichten. Wie sieht es aber mit einem Antragsteller aus, der um 14.20 Uhr letztmals die besagte Frage- und Antwort-Seite konsultierte, dann das Antragsformular ausfüllte, um 14.35 Uhr abschickte und um 14.40 Uhr den Bewilligungsbescheid erhielt? Ist er auf einmal ein Subventionsbetrüger, wenn er das Geld für Essen und Wohnen verbraucht? Nur weil er vor Antragstellung, also eine Viertelstunde später, nicht erneut die gesamte Internetseite noch einmal studiert hat? Vom OVG Münster hätte ein solcher Antragsteller vermutlich keine Hilfe zu erwarten. Und wird sich, wenn der Rückforderungsbescheid ins Haus flattert oder gar der Staatsanwalt sich meldet, mit Recht verschaukelt fühlen.

Zum anderen stellt das OVG Münster ausdrücklich klar, dass das Land NRW gute Chancen hat, die Hilfgelder doch noch zurückzubekommen, wenn es ein neues

Verfahren zur Berechnung derjenigen Mittel etabliert, die eben nicht zur Behebung einer wirtschaftlichen Notlage oder eines Liquiditätsengpasses benötigt wurden. Das Land müsse, so das OVG, einfach nur einen Nachweis anfordern, wie der Empfänger die Corona-Hilfen verwendet hat.

Stellen wir uns das einmal bildlich vor: Die Hilfgelder werden auf das Geschäftskonto überwiesen. Dort wird die Summe als Zahlungseingang gebucht. Die Hilfgelder sind jetzt Teil des Kassenbestandes, der auf dem Konto liegt und können vom restlichen Vermögen des Empfängers nicht mehr unterschieden werden. Wie soll der Empfänger jetzt nachweisen, dass er bestimmte Ausgaben gerade mithilfe der Corona-Gelder bestritten hat? Zu allem Überfluss mussten die Hilfen auch noch versteuert werden. Muss der Empfänger jetzt seinen Steuerberater bitten, auszurechnen, wie hoch die Steuer 2020 ohne die Corona-Hilfen ausgefallen wäre?

Einer meiner Mandanten hatte 15.000 Euro Soforthilfe bekommen und gegen die Rückforderung geklagt. Das Land NRW hat einen Vergleich angeboten: Er zahlt 6.500 Euro und der Fall ist erledigt. Oder das Land hebt den Rückforderungsbescheid auf und fordert einen Nachweis über die Mittelverwendung. Ich habe meinem Mandanten geraten, das Vergleichsangebot anzunehmen. Denn niemand weiß, wie das künftige Verfahren um Verwendungsnachweis und Rückforderung von überzahlten Hilfen aussehen wird.



Foto: Commons

ZITAT DER WOCHE

»Und die, die hier mit Friedenstauben rumlaufen, sind deshalb vielleicht gefallene Engel, die aus der Hölle kommen ...«

Bundeskanzler Olaf Scholz in seiner Rede beim SPD-Wahlkampfauftritt in Bayern am 18. August auf dem Münchner Marienplatz

MELDUNG

GUÉROT UND WAGENKNECHT
MACHEN GEMEINSAME SACHE


Berlin/DW. Die Politikwissenschaftlerin Ulrike Guérot wird anscheinend bei der kommenden EU-Parlamentswahl 2024 für die neue Wagenknecht-Partei antreten. Dies geht aus Medienberichten hervor. Auf dem Kurznachrichtendienst X schrieb sie hierzu: »Egal, wie das Wetter wird – es steht ein ›heißer Herbst‹ bevor.« Die Personalentscheidung wird als Zeichen gewertet, dass auch Wagenknecht zunehmend versteht, dass ohne Demokratiebewegung in Deutschland keine Politik zu machen ist. (hes)

AMPEL KRIEGT NICHTS HIN,
AUSSER SEXKRAM

Berlin/DW. Regierungskrise hält an. Bundesfamilienministerin Lisa Paus (Bündnisgrün) blockierte vergangene Wochen Milliarden Euro, die zur sogenannten Entlastung der deutschen Wirtschaft vorgesehen waren. Sie will damit mehr Geld für die Kindergrundsicherung ausschlagen, als Finanzminister Christian Lindner (FDP) ihr zugesteht. Die von Paus vorgeschlagene Kindergrundsicherung ist stark umstritten. Für ihr erpresserisches Vorgehen wird Paus selbst aus ihrer Partei heraus kritisiert. Am 23. August 2023 gab sie bekannt, dass das sogenannte Selbstbestimmungsgesetz nun vom Kabinett beschlossen wurde. Demnach soll es einmal jährlich möglich sein, amtlich und auf dem Papier das Geschlecht und den Vornamen zu wechseln. (hes)

ALLES FÜR
DAS KLIMA

Berlin/DW. 100 Städte wollen bis 2030 Fleisch, Milch und Privatfahrzeuge verbieten und die Anzahl neuer Kleidungsstücke pro Person und Jahr auf drei reduzieren, nur ein Kurzstreckenflug unter 1.500 km alle drei Jahre soll den Plänen zufolge noch pro Person erlaubt sein. Zu den Städten gehören u. a. Berlin, München, Hamburg, Köln, Essen und Wien. Dies meldete der österreichische Wissenschaftsblog *tkp.at* unter Berufung auf Veröffentlichungen des Städteabkommens. Die Städte organisieren sich in einer Koalition namens C40, die vom US-Milliardär Michael Bloomberg geleitet und finanziert wird. Die Ziele wurden erstmals 2019 veröffentlicht und 2023 erneut bekräftigt. (hes)



Leuchtturm
ARD - ORF - SRG

AUGSBURG: Samstag 15.30 • Augsburger Allg. • Maximilianstr. 3
BERLIN: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Masurenallee
BRANDENBURG: Mittwoch 15.00 • Märkische AZ • Neustädt. Markt
BREMEN: Donnerstag 17.00 • Radio Bremen • Am Markt 2
DESSAU: Montag 18.00 • Mitteldt. Zeitung • An der Friedensglocke
DORNIRN - A: Donnerstag ab 14 • ORF Voralpberg • Rundfunkplatz 1
FRANKFURT: Donnerstag ab 15 • HR Studio • Bertramstr. 8
HAMBURG: Donnerstag ab 17 • NDR Studio • Rothenbaumchaussee 132
HAMBURG: Donnerstag ab 17 • NDR Tagesschau • Hugh-Greene-Weg 1
HANNOVER: Donnerstag ab 17 • NDR Funkhaus • Rudolfv.-Bennigsen Ufer 22
HEIDELBERG: Montag 18.00 • SWR Regional • Bimarkplatz
KASSEL: Mittwoch 11.30 • Radio FFH • Friedrich-Ebert-Str. 46
KIEL: Donnerstag 16.00 • NDR Studio • Schlossplatz 3
KONSTANZ: Montag 18.00 • SWR Regional • Münsterplatz
KÖLN: Donnerstag 17.00 • WDR Studio • Appellhofplatz 1
LEIPZIG: Montag 19.00 • MDR Sachsen • Augustusplatz
LÜBECK: Montag 17.45 • NDR Media • Docks Behnkai
MAGDEBURG: Montag 18.00 • MDR Sachsen • Eulenspiegelbrunnen
MÜNCHEN: Mittwoch ab 19 • BR Hochhaus • Hopfenstr. 5
PLAUE: Montag 17.00 • MDR Regional • Wendedenkmal
POTSDAM: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Marlene-Dietrich-Allee 20
SAARBRÜCKEN: Donnerstag ab 16 • SR Saarland • St.-Johanner-Markt
SCHWABMÜN.: Samstag 11.00 • Schwabmünchner Z. • Stadtplatz
SCHWEINFURT: Sonntag 18.00 • BR Regional • Am Marktplatz
SCHWERIN: Donnerstag ab 15 • NDR Landesstudio • Schlossgartenallee 61
SIEGEN: Montag 18.00 • WDR Regional • Jakob-Schreiner-Platz
STETTEN - CH: Samstag 9 - 18 • SRF Regional • Grabenmattenstr. 18
ULM: Montag 18.00 • Südwestpresse • Am Rathaus
WIESBADEN: Samstag 13.00 • Wiesb. Kurier • Schlossgasse/Neugasse
WOLFSBURG: Samstag ab 11 • Wolfsb. Nachr. • Hugo-Borg-Platz

IMMER MONTAGS!

ARTERN, 18 Uhr, am Geschwister-Scholl-Platz
- ALTHÜTTE, 18 Uhr, am Rathaus - BAD LOBENSTEIN, 19 Uhr am Marktplatz - BERLIN-KARLSHORST, 18.30 Uhr, Treskowallee Apotheke - BERLIN-LICHTENBERG, 18 Uhr, am Ringcenter 2 - DARMSTADT-ARLHEILGEN, 18 Uhr, am Löwenplatz - DINGELSTÄDT, 19 Uhr, am Rathaus- EINBECK, 18 Uhr, am Till Eulenspiegel Brunnen - ELSMHORN, 18.30 Uhr, am Rathaus - FREIGERICHT, 18.30 Uhr, am Rathaus - FRITZLAR, 18.00 Uhr, am Marktplatz - GANDERKESEE, 18 Uhr, am Rathaus - GLAS-HÜTTEN, 18 Uhr, am Bürgerhaus - GRIMMEN, 18 Uhr, am Kulturhaus Europas - HAMMERS-BACH, 18 Uhr, am Rathaus - KALTENNORD-HEIM, 18 Uhr, am Treibplatz am Parkplatz nahe Kirche - KÖNIGS WUSTERHAUSEN, 18 Uhr, am Kirchplatz - LAUENBERG, 18 Uhr, am Rathaus - LÜTJENBURG, 18 Uhr, am alten Rathaus - MAASHOLM, 18 Uhr, am Denkmal vor der Schifferkirche - NEUBRANDENBURG, 19 Uhr, am Marktplatz - ORANIENBURG, 18 Uhr, am Schlossplatz - OSTSTEINBECK, 18 Uhr, an der Bücherhalle - SCHLOSSVIPPACH, 19 Uhr, am Rathaus.

KEINE ANZEIGE! UNSER AUSRÜSTER!



DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

ÜBER 700 MOTIVE!
GEWINNE GEHEN AN DEMOKRATISCHER WIDERSTAND • RUBIKON • APOLUT • WIKILEAKS U.A.


WWW.HARLEKIN.SHOP

DEMOTERMINES DER VERFASSUNGSBEWEGUNG
Senden Sie uns die Termine Ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

Sa, 26.8.2023 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 26.8.2023 11-16:50 Uhr	Berlin, S-bhf Wollankstraße	Autokorso
Sa, 26.8.2023 11-14 Uhr	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung
Sa, 26.8.2023 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldplatz	Zusammenkunft
Sa, 26.8.2023 15-18 Uhr	Frankfurt, Bockenheimer Anlage	Friedensdemo
Sa, 26.8.2023 15-16 Uhr	Hamburg, rund um die Binnenalster	Spaziergang
Sa, 26.8.2023 14:30-18 Uhr	Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße	Aufzug
Sa, 26.8.2023 15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 26.8.2023 16-19 Uhr	Salzweled, Rathausurmplatz	Spaziergang
Sa, 27.8.2023 14:30-17 Uhr	Köln, Heumarkt	Kundgebung
Sa, 27.8.2023 14-17:30 Uhr	Neustadt-Hambach, am Hambacher Schloss	Demo und Umzug
Mo, 28.8.2023 19:20:30 Uhr	Aachen, Rathaus Markt	Spaziergang
Mo, 28.8.2023 19:20:30 Uhr	Amberg, Am Markt	Spaziergang
Mo, 28.8.2023 18:20 Uhr	Anger/Oberbayern, Dorfplatz7.20	Spaziergang
Mo, 28.8.2023 19:21 Uhr	Augsburg, wechselnde Startpunkte (bf-schwaben.de)	Spaziergang
Mo, 28.8.2023 18:20 Uhr	Bad Bergzabern, am Schloss	Spaziergang
Mo, 28.8.2023 18-21 Uhr	Bad Homburg, Rathausvorplatz	Spaziergang
Mo, 28.8.2023 18-20 Uhr	Bad Honnef/NRW, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 28.8.2023 18-20 Uhr	Bad Reichenhall, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 28.8.2023 18-19 Uhr	Balingen, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 28.8.2023 18-21 Uhr	Bautzen, Kornmarkt	Mahnwache
Mo, 28.8.2023 19:20 Uhr	Bayern, Florian-Geyer-Brücke	Spaziergang
Mo, 28.8.2023 19:20:30 Uhr	Bayern, Marktoberdorf am Marktplatz	Spaziergang
Mo, 28.8.2023 19:21 Uhr	Belgern/Sachsen, Markt	Spaziergang
Mo, 28.8.2023 18:30-21 Uhr	Berlin-Karlsorst, Treskow Apotheke	Spaziergang
Mo, 28.8.2023 18-20 Uhr	Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee- am Ringcenter II	Spaziergang
Mo, 28.8.2023 12-14 Uhr	Berlin-Wedding, Nordufer 20	Mahnwache
Mo, 28.8.2023 18-20 Uhr	Bernau, Rathaus	Demoaufzug
Mo, 28.8.2023 18:30-21 Uhr	Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner/Bandhausstr.	Aufzug mit Abschlusskundgebung
Mo, 28.8.2023 16-18 Uhr	Brandenburg an der Havel, auf dem Märkischen Platz	Schilderdemo
Mo, 28.8.2023 19-21 Uhr	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang
Mo, 28.8.2023 18-21 Uhr	Delmenhorst, Kiosk an der Graft	Spaziergang
Mo, 28.8.2023 19-21 Uhr	Dinslaken, am Ritterort	Spaziergang
Mo, 28.8.2023 18-21 Uhr	Duisburg, Rathaus am Burgplatz	Spaziergang
Mo, 28.8.2023 18-21 Uhr	Eberswalde, im Bildungszentrum, Puschkinstr.13	3. Runder Tisch Corona Aufarbeitung
Mo, 28.8.2023 18-20 Uhr	Eberswalde, Marktplatz	Kundgebung
Mo, 28.8.2023 18:30-19 Uhr	Eichwalde, Bahnhofstr./Am Graben	Spaziergang
Mo, 28.8.2023 18-20 Uhr	Eisenhüttenstadt, Friedrich-Wolf-Theater	Spaziergang
Mo, 28.8.2023 18-20 Uhr	Falkensee, alte Stadthalle	Spaziergang
Mo, 28.8.2023 18:20:30 Uhr	Frankfurt am Main, Konstablerwache	Spaziergang
Mo, 28.8.2023 18:30-21 Uhr	Gifhorn, Schillerplatz	Spaziergang
Mo, 28.8.2023 18:30-21 Uhr	Görlitz, Postplatz	Versammlung
Mo, 28.8.2023 19-21 Uhr	Greifswald, am Markt	Demo
Mo, 28.8.2023 19-21 Uhr	Hamburg, Blankeneser Marktplatz	Spaziergang
Mo, 28.8.2023 18-21 Uhr	Hamburg, Bergstedter Markt	Spaziergang
Mo, 28.8.2023 18-20 Uhr	Hameln, am Hochzeitshaus	Spaziergang
Mo, 28.8.2023 18:30-20 Uhr	Heidelberg, am Bismarckdenkmal	Spaziergang
Mo, 28.8.2023 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Mo, 28.8.2023 18-19:30 Uhr	Jülich, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 28.8.2023 18:30-20:30 Uhr	Kaiserslautern, Innenstadt	Spaziergang
Mo, 28.8.2023 18-21 Uhr	Kaufungen, am Kreisel	Spaziergang
Mo, 28.8.2023 18-20 Uhr	Konstanz, Augustinerplatz	Spaziergang
Mo, 28.8.2023 18-20 Uhr	Konstanz, Münsterplatz	Demoaufzug
Mo, 28.8.2023 18-20 Uhr	Korschenbroich, Eingang Stadtverwaltung	Spaziergang
Mo, 28.8.2023 18-21 Uhr	Köln, Roncalliplatz	Spaziergang
Mo, 28.8.2023 18-20 Uhr	Königs Wusterhausen, Kirchplatz	Spaziergang
Mo, 28.8.2023 18-20 Uhr	Landshut, Ländertorplatz	Spaziergang
Mo, 28.8.2023 18-21 Uhr	Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz	Spaziergang
Mo, 28.8.2023 18-19 Uhr	Leipzig, Augustusplatz	Spaziergang
Mo, 28.8.2023 19-21 Uhr	Lippstadt, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 28.8.2023 18-21 Uhr	Magdeburg, Domplatz	Demo
Mo, 28.8.2023 18-20 Uhr	Mannheim, Ehrenhof des Schlosses	Spaziergang
Mo, 28.8.2023 18-20 Uhr	Marbach am Neckar, Schillerdenkmal	Spaziergang
Mo, 28.8.2023 18-20 Uhr	March/Breisgau, Bürgerhaus	Spaziergang
Mo, 28.8.2023 18:30-21 Uhr	Mindelheim, Maximilian Straße 26	Spaziergang
Mo, 28.8.2023 18:19:15 Uhr	Minden, an der Martinistreppe beim Rathaus	Demo
Mo, 28.8.2023 19:20:30 Uhr	Naumburg, Vogelwiese	Spaziergang
Mo, 28.8.2023 19-21 Uhr	Norderstedt, Kino Spektrum	Spaziergang
Mo, 28.8.2023 18:30-20:30 Uhr	Nürnberg, Kornmarkt	Spaziergang
Mo, 28.8.2023 18-20 Uhr	Oldenburg, Rathausmarkt	Spaziergang
Mo, 28.8.2023 18-20 Uhr	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung
Mo, 28.8.2023 18-20 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 28.8.2023 18-20 Uhr	Potsdam, vor dem Filmmuseum	Mahnwache
Mo, 28.8.2023 19-21 Uhr	Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus	Spaziergang
Mo, 28.8.2023 18-21 Uhr	Reinheim, Stadtpark	Spaziergang
Mo, 28.8.2023 16:30-17:15 Uhr	Rostock, Stadthafen	Schildermahnwache
Mo, 28.8.2023 18-20 Uhr	Rotenburg (Wümme), Neuer Markt	Spaziergang
Mo, 28.8.2023 18-20 Uhr	Rottweil, Markt	Spaziergang
Mo, 28.8.2023 18-20 Uhr	Salzweled, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 28.8.2023 19-21 Uhr	Sauerlach/Bayern, Markt	Spaziergang
Mo, 28.8.2023 18-20 Uhr	Seeheim-Jungenheim, Rathaus	Demo
Mo, 28.8.2023 18-21 Uhr	Senftenberg, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 28.8.2023 18-20 Uhr	Siegen, Jakob-Scheiner-Platz	Spaziergang
Mo, 28.8.2023 18:45-20:15 Uhr	Solingen, Am Neumarkt	Spaziergang
Mo, 28.8.2023 19-20 Uhr	Spremberg, Nettoparkplatz	Spaziergang
Mo, 28.8.2023 17:30-19 Uhr	Stadthagen, Marktplatz	Montagsdemo
Mo, 28.8.2023 18-21 Uhr	Stralsund, Olaf-Palme-Platz	Kundgebung und Aufzug
Mo, 28.8.2023 18-19 Uhr	Sulz am Neckar, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 28.8.2023 18-20 Uhr	Tettmang beim Bodensee, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 28.8.2023 18-20 Uhr	Vaterstetten in Oberbayern, Rathaus	Spaziergang
Mo, 28.8.2023 18:30-21 Uhr	Villingen-Schwenningen, Am Alten Rathaus	Spaziergang
Mo, 28.8.2023 18:30-20:30 Uhr	Walsrode/ Heidekreis, Rathaus	Spaziergang
Mo, 28.8.2023 19:20:30 Uhr	Weimar, Theaterplatz	Demo
Mo, 28.8.2023 17:30-19 Uhr	Werder(Havel), Plantagenplatz	Spaziergang
Mo, 28.8.2023 18-21 Uhr	Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche	Demo
Mo, 28.8.2023 18-20 Uhr	Wismar, Markt	Versammlung
Mo, 28.8.2023 18:30-21 Uhr	Wolfenbüttel, am Rathaus	Spaziergang
Mo, 28.8.2023 19-20 Uhr	Würselen, Morlaixplatz	Spaziergang
Mo, 28.8.2023 19-21:30 Uhr	Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz	Demo und Kundgebung
Di, 29.8.2023 18-21 Uhr	Bernau bei Berlin, Rathaus	Spaziergang
Di, 29.8.2023 18-20 Uhr	Ortenberg/Hessen, Marktplatz	Spaziergang
Di, 29.8.2023 18-20 Uhr	Varel, Rathaus	Spaziergang
Di, 29.8.2023 19-21 Uhr	Wesel am Niederrhein, Martinstraße 6-8	Spaziergang
Di, 29.8.2023 19-21 Uhr	Wolgast, Am Kai	Demoaufzug
Mi, 30.8.2023 19-21 Uhr	Geisa, Am Kulturhaus	Spaziergang
Mi, 30.8.2023 18:30-21 Uhr	Huckarde, am Marktplatz	Spaziergang
Mi, 30.8.2023 17-19 Uhr	Landshut, Martinikirche	Andacht
Mi, 30.8.2023 19-21 Uhr	Mehrhoog/NRW, Begegnungsstätte	Demo
Mi, 30.8.2023 18-21 Uhr	München, Odeonsplatz	Umzug
Mi, 30.8.2023 19-21 Uhr	Naumburg (Saale), Vogelwiese	Offenes Mikrofon
Mi, 30.8.2023 18-19:30 Uhr	Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße	Treffen
Mi, 30.8.2023 19:20:30 Uhr	Neckartailfingen, Schulhof Liebenauschule	Spaziergang
Mi, 30.8.2023 18-20 Uhr	Obernkirchen, am Marktplatz	Demo
Mi, 30.8.2023 19:20:30 Uhr	Schulzendorf, Rathaus (Richard-Israel-Str.)	Spaziergang
Mi, 30.8.2023 18-21 Uhr	Zwickau, auf dem Hauptmarkt	Kundgebung
Do, 31.8.2023 18-21 Uhr	Baunatal, am Marktplatz	Spaziergang
Do, 31.8.2023 17:30-18:30 Uhr	Berlin, Tempelhofer Damm/ Ecke M.-v.-Richthofen-Str.	Schilderdemo
Do, 31.8.2023 18-21 Uhr	Demmin, Am Marienhain	Demo
Do, 31.8.2023 15-18 Uhr	Frankfurt, Bertramstr. 8	Mahnwache
Do, 31.8.2023 17:30-19 Uhr	Hannau, Großauheim, Rochusplatz	Mahnwache
Do, 31.8.2023 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Do, 31.8.2023 18:30-21 Uhr	Landsberg/Saalekreis, Markt	Spaziergang
Do, 31.8.2023 17-18:30 Uhr	Rostock, Brunnen der Lebensfreude	Kundgebung
Do, 31.8.2023 19-21 Uhr	Warstein, am Rathausplatz auf der Treppe	Dialog
Fr, 1.9.2023 18-20 Uhr	Roesfeld/NRW, Rathausplatz	Demo
Sa, 2.9.2023 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 2.9.2023 15-19 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Demo und Umzug
Sa, 2.9.2023 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldplatz	Zusammenkunft
Sa, 2.9.2023 13-18 Uhr	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
Sa, 2.9.2023 14-19 Uhr	Freiburg, Konrad-Adenauer-Platz	Friedensmarsch
Sa, 2.9.2023 18-20 Uhr	Kirchen (Sieg), Rathaus	Spaziergang
Sa, 2.9.2023 15:15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 2.9.2023 15:30-18 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Demo
Sa, 2.9.2023 15-17 Uhr	Rostock, Rosengarten	Kundgebung und Aufzug
Mo, 4.9.2023 17-20 Uhr	Darmstadt, Ludwigplatz	Mahnwache
Mi, 6.9.2023 18-20 Uhr	Heidelberg, Schwanenteichanlage	Demo
Sa, 9.9.2023 13-18 Uhr	Berlin, Breitscheidplatz	Kundgebung und Aufzug
Sa, 16.9.2023 14-19 Uhr	Freiburg, Konrad-Adenauer-Platz	Fahrradkorso
Di, 3.10.2023 10-22 Uhr	Berlin, Brandenburger Tor	GROßDEMO

Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse veranstaltung@demokratischerwiderstand.de senden.

Aktuelle Informationen: <https://nichtohneuns.de> • NEWSLETTER ABONNIEREN



DIE KUH IM PROPELLER

KOLUMNE FREUND UND HELFER

Von Arvid Kappelt

Der russische Satiriker Michail Soschtschenko schrieb vor einhundert Jahren eine Kurzgeschichte mit dem Titel »Die Kuh im Propeller«. In der DDR wurde diese Satire 1965 in deutscher Sprache von Manfred Krug eingelesen.

Zur Handlung: Der in einer Flugschule als Wächter arbeitende G. Kossonossow fährt zu seinem Heimatdorf. Dort will er den Bauern etwas von der Bedeutung der Fliegerei berichten und sie dazu bewegen, Geld für ein neues Flugzeug zu spenden. Der Vorsitzende des Dorfes ermuntert ihn mit den Worten: »Agitiert nur, agitiert nur!« – In der Versammlung erklärt K., fachlich offenbar mit dem Thema überfordert, was derzeit im Flugwesen geschieht. Er berichtet von Flugunfällen und ergänzt das alles mit der scheinbar lustigen Anekdote, dass einmal eine Kuh in einen Propeller geriet und zerfetzt wurde: »Ritsch, ratsch, weg war sie!«

Auf entsetzte Fragen der Zuhörer, ob das auch mit Pferden passiert, antwortet der Redner voller Überzeugung: »Auch Pferde! Das kommt oft vor!« Ein Dorfbewohner: »Was sie sich jetzt alles ausdenken. Pferde zu Tode quälen ... Nun Väterchen – und das entwickelt sich jetzt, ja?« K. ist inzwischen von sich so begeistert, dass er die Frage bejaht: »Eben, das sag' ich ja! Es entwickelt sich, Genossen Bauern! Und darum, meine ich, sammelt die ganze Bauernschaft etwas Geld.« Die Bauern lächeln finster und gehen auseinander. Keiner gibt auch nur eine Münze für ein Flugzeug.

Zugegeben, die Fliegerei hat sich real weltweit gut entwickelt. Den militärischen Aspekt lassen wir hier außen vor. K. hatte trotz seiner intellektuell überschaubaren Erklärungen richtig gelegen.

Diese Geschichte, sie ist auf Youtube nachhörbar, hat nichts an Bedeutung verloren. Honorige Personen aus den Führungsetagen der Parteien bemühen sich, die Vorhaben ihrer jeweiligen Politik als Segnungen zu erklären. Es geht um Wärmepumpen, CO2-Steuer, Verhinderung von Insolvenzen, Windräder und flächendeckende Solaranlagen in unseren Landschaften, Diversität, Heizungs-gesetz, Genderpolitik, Aktionspläne für alles Mögliche usw. Dabei verstricken sie sich in Formulierungen, die unfreiwillig komisch wirken. Wer ruft ihnen dabei »Agiert nur, agitiert nur!« zu? Prämisse einer guten politischen Führung ist, dass die Menschen weitgehend in Ruhe gelassen werden und dass man ihnen ihr Geld lässt. Um bei der erwähnten Kurzgeschichte als Sinnbild zu bleiben: Es ist kein Zeichen des Fortschritts, wenn Kühe und Pferde in den Propeller geraten.

Informationen zu den Polizisten für Aufklärung und weitere Texte finden Sie unter www.echte-polizisten.de



Christian Dettmar (Mitte) mit seinen Anwälten bei der Urteilsverkündung am 23. August 2023 in Erfurt.



Vor dem Gerichtssaal demonstrierten rund 80 Demokraten gegen die Instrumentalisierung der Justiz durch Regierung und Maskenkonzerne. Fotos: Jan Linkenheil/DW



DIESE WOCHENZEITUNG

VERTEILEN, AUSLEGEN, VERKAUFEN

WARUM?

- Der »Demokratische Widerstand« erscheint wöchentlich seit dem 17. April 2020.

- Mit der gedruckten Zeitung erreichen wir Menschen, die sonst nur der Konzern- und Regierungspresse ausgeliefert sind.

- Verteilen Sie den Widerstand, halten Sie andere auf dem Laufenden und klären Sie auf: beim Spazierengehen, in Briefkästen, im Geschäft, im Betrieb, in der Fußgängerzone.

- Die Zeitung ist analog, somit auch von *Big Tech* unabhängig und unzensurierbar.

- Nach dem Kollaps der Presse: Bauen wir gemeinsam eine neue Wochenzeitung in deutscher Sprache auf.

WIE KOMMEN SIE AN DIE ZEITUNGEN?

- Geben Sie doch einfach auf demokratischerwiderstand.de/verteilen die Adresse an, an die wir die Zeitungen liefern sollen. Wir geben Ihre Daten nicht weiter. Wenn Sie kein Internet nutzen, fragen Sie jemanden, dem Sie vertrauen, ob er das für Sie erledigen kann.

- Wählen Sie aus, wie viele Zeitungen Sie verteilen wollen. Nicht übertreiben.

- Überweisen Sie die anfallenden Unkosten für Druck, Versand und Steuern.

- Bei der Überweisung schreiben Sie in das Betreff-Feld noch einmal Ihren Namen und Ihre Anschrift, damit wir Ihre Zahlung sicher zuordnen können.

- Jeder Zahlungseingang wird einer Bestellung zugeordnet.

- Zahlungseingänge werden bis einschließlich Montag für den Druck und Versand der kommenden Zeitung berücksichtigt. Spätere Eingänge werden automatisch der darauffolgenden Ausgabe zugeordnet.

- Beim Verteilen erhaltene Spenden gehen an den Verteiler. Bei größeren Summen freut sich die Redaktion über einen Anteil, der ihr zusteht. Hier bereichert sich niemand.

EXEMPEL AM MUT-RICHTER

Interview mit dem demokratischen Bauingenieur Jan Linkenheil, der der Urteilsverkündung gegen Christian Dettmar bewohnte | Von Hendrik Sodenkamp

DW: Am 23. August 2023 wurde in Erfurt das Urteil über Weimar-Richter Christian Dettmar gesprochen. Was ist das Ergebnis?

Jan Linkenheil: Christian Dettmar wurde zu zwei Jahren Freiheitsentzug auf Bewährung verurteilt. Der vorsitzende Richter wirkte bei der Urteilsverkündung und bei der Begründung sichtlich bewegt. Er sprach sehr langsam, verhaspelte und räusperte sich mehrmals. Den Prozess über kam er immer recht kalt rüber, aber hier wirkte er emotional. Die Urteilsbegründung wurde so auf fast eine Stunde in die Länge gezogen.

DW: Was war der Tenor der Begründung?

J.L.: Das Gericht ritt immer wieder darauf herum, dass Christian Dettmar seine Kompetenzen überschritten habe indem er die Maskenpflicht an Schulen verbot, dass er ein großes Ego habe und den Maskenprozess nur aus Selbstsucht und aus niederen Beweggründen geführt habe, so die Behauptung.

DW: Wie reagierte Christian Dettmar im Gerichtssaal auf das Urteil?

J.L.: Er wirkte ziemlich niedergeschlagen. Anscheinend hatte er sich mehr erhofft. Ich als Laie war heute zu dem Prozess mit der Befürchtung gefahren, dass Dettmar Freiheitsentzug ohne Bewährung bekommt. Ähnlich wie der Arzt Dr. Habig, der nun zu zwei Jahren und zehn Monaten verurteilt wurde, weil er falsche Gesundheitszeugnisse ausgestellt haben soll. Christian Dettmar und seine Anwälte haben das Urteil stillschweigend zur Kenntnis genommen.

DW: Wird es mit dem Verfahren weitergehen?

J.L.: Christian Dettmar äußerte vor dem Gerichtsgebäude, dass der Prozess noch nicht zu Ende sei und in die nächste Runde gehen wird.

DW: Haben Sie den Prozess als faires Verfahren erlebt?

J.L.: Davon kann keine Rede sein, denn bei einem fairen Verfahren hätte die Frage des Kindeswohl im Vordergrund gestanden. Die Frage also, ob Christian Dettmar eine korrekte Entscheidung mit seinem Urteil getroffen hat. Hier wurde aber nur seine vermeintliche Kompetenzüberschreitung verhandelt. Der Richter hat das sogar noch in seiner Urteilsbegründung gesagt und betonte erstaunlicherweise auch, dass die Aussagen der Gutachter in dem Maskenprozess gut begründet und mit Hand und Fuß gewesen seien. Das sei Dettmar bei der Bemessung des Strafmaßes angeblich zu

Gute gehalten worden. Als Dettmar urteilte, war mit den Masken Gefahr im Verzug, es war damals schon bekannt, dass die Masken vor allem für kleine Kinder gefährlich sind, und Christian Dettmar hat im Sinne des Kindeswohl und nach seinem Gewissen geurteilt.

DW: Sie kommen aus dem Erzgebirge. Der Weg nach Erfurt ist weit. Warum haben Sie das auf sich genommen?

J.L.: Weil jeder Mensch, der dort anwesend war, Christian Dettmar den Rücken gestärkt hat. Ich bin etwas enttäuscht, dass vor Ort nur rund 80 Menschen und nicht 8.000 gewesen sind. Aber es war richtig, dass ich dort hingefahren bin und würde das auch immer wieder tun. Denn Menschen wie Christian Dettmar sind Vorreiter für die Gerechtigkeit und müssen unterstützt werden.

DW: Herr Linkenheil, wir danken Ihnen für das Gespräch.



Knapp zehntausend Demokraten kamen am 20. August 2023 in Aschaffenburg zusammen, um gegen die übergreifende Politik der Bundesregierung zu demonstrieren, darunter auch zahlreiche Landwirte und Fuhrunternehmer mit ihrem Arbeitsgerät. Nächste Großdemonstrationen stehen bereits an: 16. September 2023 in Magdeburg und in Göttingen und 3. Oktober 2023, zum Tag der Deutschen Einheit, in Berlin. Foto: R. Eric/Telegram.

BAYERN: EKLAT BEIM SPD-WAHLKAMPFAUFTAKT

Olaf Scholz sprach am 18. August auf dem Münchner Marienplatz. Rund 3.000 Besucher waren gekommen. Und ein Großteil von ihnen waren Demokraten, die lautstark zum Ausdruck brachten, was sie vom Kanzler hielten. Obwohl dessen Mikro extra lauter gestellt wurde, musste Scholz in Anbetracht der vielen Pfiffe, Buh- und Schmährufe meist brüllen. Wie sich der »Kriegstreiber« auf der Bühne präsentierte, dürfte jeden normal tickenden Bürger erschreckt haben. An die Adresse seiner Gegner richtete Scholz Worte, die einfach nur noch fassungslos machen: Er bezeichnete die Menschen, »die hier mit Friedenstauben rumlaufen« als »gefallene Engel, die aus der Hölle kommen«. YouTuber und Freiheitsaktivist Helge Spunkt (DW 132, 136) war vor Ort, konnte es kaum glauben und sprach gegenüber dem DW von »satanischer Umkehr«, die Scholz praktiziere. Aber Spunkt sieht es positiv: Scholz' Verhalten zeuge von »Verzweiflung, Angst und Panik. Da sieht jemand seine Felle davonschwimmen.« Zudem: Menschen, die den Ernst der Lage bis dato noch nicht begriffen hätten, müssten spätestens bei solchen Worten aufschrecken. (kmü)



BESTANDS-
AUFNAHME



Die Journalisten und Medienentwickler Kayvan Soufi-Siavash (KenFM, Apolut.net) und Anselm Lenz (DW-Zeitung, S&L Verlag) treffen sich zur Bestandsaufnahme. Diesmal: Ein Ausschnitt aus der ersten DW-Akademie am Abend des 5. August 2023 in Berlin.



Kayvan Soufi-Siavash (Ken Jebson, Soufisticated, Apolut, KenFM, ehemals RBB) ist eine lebende Legende des Aufklärungsjournalismus. In der DW-Akademie schilderte er die neuen Zensurgriffe der umstrittenen »Medienanstalt Berlin-Brandenburg« (MABB). Der Ausnahmekönnner ist demnächst bundesweit auf Tournée (Seite 14). Fotos: DW/Georgi Belickin



Hendrik Sodenkamp ist Journalist und Verleger, vormalis Theaterdramaturg, Theaterbesetzer aus Notwendigkeit, Buchautor, Organisationsmanager und Konzertpianist. In der DW-Akademie gab er einen Crashkurs im Volkshochschulformat im Sinne der Beantwortung der Frage: »Eine Wochenzeitung mit höchstem Gebrauchswert und Verbreitungsgrad aufbauen und konstant durchführen – wie geht das?«



Jimmy Gerum ist Filmproduzent, Journalist und Gründer der Medienmahnwachen »Leuchtturm ARD« (Seite 6). Gerum sprach im Zuge der Eröffnung der DW-Akademie am 5. August 2023 in Berlin wie auch Gründer Anselm Lenz zum Thema des Aufbaus einer dezentralen Demokratiebewegung, die jeweils an Ort und Stelle eigenverantwortlich und effizient agieren kann. Die DW-Akademie verbreitet Organisations- und Durchführungswissen im Crashkurs und ermutigt dazu, selber nicht nur aktiv, sondern konstant produktiv zu werden: Entscheidungsfreudig, zäh, die üblichen Problemfälle »ausschwitzend« und damit resilient gegen Regimeagenten, Problemwichtel und Langeweiler – und für die wesentlichen Ziele bei der Sache zu bleiben (Seite 2). Dies nicht nur für den Fall, dass die Köpfe (w/m) der neuen dezentralen Friedens- und Demokratiebewegung(en) durch das Regime ausgeschaltet werden oder anderweitig ausfallen. (jro)

Mehr zur DW-Akademie im Rundbrief (siehe NichtOhneUns.de) und in den kommenden DW-Ausgaben. Mehr Bestandsaufnahme auf apolut.net und demokratischerwiderstand.de/presseklub.

Schläge und Freiheit

Interview mit Michael Gräbner, Demo-Trommler aus dem Bergischen Land, über einen Polizei-Einsatz im Sommer 2023 | Von Hendrik Sodenkamp

DW; Können Sie sich den Lesern einmal vorstellen.

Michael Gräbner: Ich bin in Wuppertal geboren und in Remscheid aufgewachsen. Schule und Ausbildung zum Energieanlagen-elektroniker mit anschließendem Fachabitur habe ich ebenfalls in Remscheid abgeschlossen. Seit vielen Jahren arbeite ich im Maschinenbau und beschäftige mich dort hauptsächlich mit der industriellen Bildverarbeitung.

DW: Wer macht bei Ihren Freiheitstrollern mit?

M.G.: Die Menschen kommen aus den verschiedensten beruflichen Bereichen. Vom Friedhofsmitarbeiter über den Buchautor mit Psychologiestudium, der Technikerin, dem Pflegemitarbeiter, dem Informatiker und denen, deren Beruf uns vollkommen egal ist. Hier zählt nur der Wille, mit unseren Trommeln die Demos zu unterstützen, für Aufmerksamkeit zu sorgen, den Menschen unsere Lebensfreude zu zeigen und die Energie mit unseren Mitmenschen zu teilen. Dabei sollte den Menschen am Rand dann auffallen, dass wir weder rechts, noch extrem, noch radikal sind.

DW: Wie kann man bei Ihnen mitmachen?

M.G.: Über den Telegram-Kanal *Trommler des Bergischen* Erwachens kann man uns einfach kontaktieren. Und los geht's.

DW: Auf einer Demonstration in Wuppertal am 19. August 2023 wurden Sie und ihre Mitrommler rabi- at von Polizisten angegangen. Was ist passiert?

M.G.: Wir haben uns wie fast immer mit einigen Trommlern rund 500 Meter vom Versammlungsort entfernt getroffen, ein bisschen eingespielt und dabei auch die Aufmerksamkeit der Vorbeigehenden genossen. Es wurde seitens der Passanten gefilmt und auch applaudiert. Die Menschen haben die kleine Abwechslung scheinbar genauso genossen wie wir. Ein kleiner Junge wollte uns sogar eine Geldmünze geben. Womöglich sein Geld für ein Eis. Wir sind dann rhythmisch musizierend in Richtung des Versammlungsorts gegangen. Auch auf dem Weg schlug uns viel Sympathie entgegen



Michael Gräbner (rechts) und seine Partnerin Magy trommeln für die Freiheit in Wuppertal am 19. August 2023. Foto: Georgi Belickin.

und auch hier wurde sofort gefilmt. Am Versammlungsort warteten schon einige andere Trommler, wir bildeten einen gemeinsamen Kreis und spielten noch eine kurze Zeit. Dann sollte die Versammlung wieder weitergehen.

DW: Doch dann griff die Polizei einfach zu?

M.G.: Die Versammlungsteilnehmer begrüßten sich gegenseitig herzlich, bis wir von Beamten eingekesselt wurden. Ohne Angabe von Gründen versuchten die Polizisten, uns recht planlos in eine Seitenstraße gegenüber der Versamlungsfläche zu drängen. Dabei wurden wir teils recht brutal gestoßen, obwohl dort schon Menschen standen, die wiederum durch andere Beamte geblockt wurden. Eine Ordnerin versuchte das ganze Szenario per Videoaufnahme zu dokumentieren, worauf ein Beamter, scheinbar der Leiter der Aktion, versuchte, sie daran zu hindern und Ihr dann ohne Vorankündigung brutal ins Gesicht schlug. Sie wurde daraufhin heftig im Nacken gepackt und weggeführt. Ihr Lebensgefährte versuchte noch einzuschreiten, wurde aber von mehreren Beamten rücksichtslos und mit Arm am Hals weggestoßen. Zum Glück konnte diese Aktion von genügend aufmerksamen Menschen gefilmt werden.

DW: Was geschah Ihnen daraufhin?

M.G.: Wir wurden aufgefordert unsere Personalien abzugeben, ohne dass bis dahin erklärt wurde, was uns denn vorgeworfen wurde. Erst auf Nachfrage hieß es dann: Es bestünde der Anfangsverdacht einer Straftat. Die Begründung war, wir hätten einen anmeldepflichtigen Aufzug von unserem

Treffpunkt bis zum Versammlungsort durchgeführt. Und da ich beim sogenannten Aufzug vorne herlief, wurde ich gleich einmal zum Versammlungsleiter gekürt – sehr schmeichelhaft. Sollten wir unsere Personalien nicht freiwillig abgeben, würden wir einen Platzverweis erhalten, könnten also nicht am Aufzug teilnehmen und würden zur Feststellung der Personalien auf die Wache verbracht. Wir entschieden uns daraufhin unsere Personalien abzugeben und konnten uns dann wie geplant dem Aufzug anschließen.

DW: Wie werden Sie mit dem Einschüchterungsversuch umgehen?

M.G.: Wir sind allesamt sehr friedliebende Menschen, aber wenn wir widerrechtlich festgehalten, gestoßen und geschlagen werden, erreichen wir irgendwann einen Punkt, an dem die Gewalt Widerstand erzeugt. Vermutlich war das genau die Absicht der Beamten, um gewünschte Bilder zu erzeugen. Was wiederum zeigt, dass unsere Bewegung wie ein Stachel ins System eindringt und das *Establishment* empfindlich stört. Wir lassen uns von solchen Aktionen nicht einschüchtern. Das bestärkt uns nur in unserem Handeln und wir denken natürlich über rechtliche Schritte gegenüber den Vollstreckungsbeamten nach. Es könnte interessant werden, zu sehen, wie weit es mit unserem Rechtsstaat gekommen ist.

DW: Es geht also weiter?

M.G.: Natürlich.

DW: Herr Gräbner, wir danken Ihnen für das Gespräch.

Briefe an die Redaktion

MEHR 5-PUNKTE-PLAN
FÜR DIE DEMOKRATIEBEWEGUNG

Ich möchte Ihre Zeitung als das wohl wichtigste Medienorgan dieser Republik (und darüber hinaus) bezeichnen, das äußerst eindringlich die Missstände in diesem Land zu Papier bringt.

Dabei ist mir nicht nur die Darstellung des schreienden Unrechts wichtig, sondern auch die Notwendigkeit, möglichst viele Menschen aus ihrem alten Denkmuster – die Politik wird schon unsere Probleme lösen – herauszuholen. In diesem Sinne ist jede Form des friedlichen Protests unverzichtbar.

Dennoch: Wir müssen uns im Klaren

darüber sein, dass wir diesen Einheitsstaat nicht ändern werden, wenn wir »nur« auf die Straße gehen oder uns »nur« auf das Grundgesetz berufen. Wir werden nur dann etwas ändern, wenn wir eine gesamtgesellschaftliche Vision entwickeln, die aus einem wirklich neuen Denken entspringt. Der DW könnte, nein, müsste da eine wichtige Rolle spielen. Motto: Bekämpfe nicht das alte System, sondern mache es durch ein neues überflüssig!

Was ich mir also wünschen würde, ist eine Erweiterung der DW-Themen in Richtung: »So wollen wir leben«. Dazu muss man erklären, was eine Vision ist und was sie unverzichtbar macht.

– Bernhard H., München

Leserbriefe an: K.D.W. e.V.
Postfach 35 02 16, 10211 Berlin

AUF DEM SCHIRM

✉ RUNDBRIEF! Für Newsletter eintragen auf NichtOhneUns.de

📌 t.me/DemokratischerWiderstandTelegram

📷 instagram.com/demokratischerwiderstand

📘 facebook.com: DemokratischerWiderstandZeitung

📺 youtube.com: Demokratischer Widerstand

BRICS im Visier

Am 22. August 2023 fand im südafrikanischen Johannesburg der BRICS-Gipfel statt. Da sich immer mehr Staaten der Organisation anschließen wollen, wächst der Druck aus dem Westen. Vor allem auf Südafrika. | Von Rüdiger Rauls

Der russische Präsident Wladimir Putin sagte seine Teilnahme am BRICS-Gipfel in Südafrika im Vorfeld ab. Vorangegangen war ein politisches Tauziehen zwischen widerstrebenden Kräften in Südafrika selbst sowie den BRICS-Staaten auf der einen Seite, dem politischen Westen auf der anderen.

Das ist der letzte Höhepunkt einer Kampagne nicht nur gegen Russland, sondern auch gegen diese Staatengemeinschaft, die sich zunehmend im Fadenkreuz des politischen Westens befindet. Die innenpolitischen Auseinandersetzungen in der Republik Südafrika um die Teilnahme Putins hatten sich hochgeschaukelt an dem Haftbefehl, den der internationale Strafgerichtshof (IStGH) gegen den russischen Präsidenten erlassen hatte. Während die südafrikanische Regierung dessen Teilnahme wünschte, setzte die größte Oppositionspartei in Südafrika, die Demokratische Allianz (DA), alle Hebel in Bewegung, eine Einladung an Putin zu verhindern.

Ob nun Washington oder sonstige westliche Staaten hinter dieser Einflussnahme stecken, ist zweitrangig. Viel wichtiger ist, die Funktion eines solchen Systems zu erkennen. Es gibt ausländischen Kräften die Möglichkeit, über befreundete Parteien Einfluss zu nehmen auf die politischen Vorgänge und Entscheidungen eines Landes. Dass den nationalen Interessen des eigenen Landes damit Schaden zugefügt wird, scheint beim Verhalten der DA keine Rolle gespielt zu haben.

INTERESSEN UND VERNUNFT

Denn welchen Vorteil bringt dem Land Putins Absage. Der Gipfel hätte trotzdem stattgefunden, was ja nun auch eingetreten ist. Die angestrebte Verhaftung des russischen Präsidenten gar »kame einer Kriegserklärung gleich [und] es wäre unvereinbar mit unserer Verfassung, einen Krieg mit Russland zu riskieren«, stellte der Präsident Südafrikas, Cyril Ramaphosa, klar. Worin läge in einer solchen Situation der Vorteil für Südafrika?

Dennoch hatte die Demokratische Allianz »vor Gericht eine Anordnung beantragt, die die Behörden zu einer Festnahme [Putins] verpflichtet hätte«. Die Verfolgung eines nationalen Interesses ist in diesem Vorgehen nicht zu erkennen und wurde von der DA bisher auch nicht dargestellt. Es ging in erster Linie um den eigenen politischen Vorteil und um die Schädigung der südafrikanischen Regierung unter dem African National Congress (ANC). Darüber hinaus wollte man sicherlich aber auch im politischen Westen, besonders in Washington, Punkte zu sammeln.

Offensichtlich hat der russische Präsident mehr Verständnis für die Belange Südafrikas als die wichtigste Oppositionspartei des Landes. »Um die Behörden der Republik nicht in Verlegenheit zu bringen, die nicht in der Lage sind, einen Ausweg aus dieser Situation zu finden«, hat sich Putin – offenbar in Absprache mit der Regierung des Gastgeberlandes – zu einer Absage entschlossen. Russland wurde vertreten durch seinen Außenminister Lawrow. Aber die Konferenz fand statt, und das ist es, worum es Russland,



Brasilien-Chef Lula, China-Vorsitzender Xi, Südafrika-Präsident Ramaphosa, Indiens Hindu-Premier Modi und Russlands Außenbeauftragter Lawrow (v.l.n.r.) lassen es beim BRICS-Gipfel krachen. Foto: Ricardo Stuckert/PR/Flickr/CC BY-ND 2.0.

Putin und letztlich auch den BRICS-Staaten geht. Der Westen kann sich schadenfroh die Hände reiben über diesen propagandistischen Scheinerfolg, die Entwicklung aber zu einer multipolaren Welt wird man damit nicht aufhalten. Freunde hat er sich damit in Afrika sicherlich nicht gemacht, sondern nur das Bild von den rücksichtslosen Kolonialherren bestätigt.

WESTEN UNTER ZUGZWANG

Aus den wachsenden Angriffen des politischen Westens wird deutlich, dass die BRICS-Organisation keine vernachlässigbare Größe mehr ist. Ihre wirtschaftliche wie auch politische Bedeutung nimmt unaufhaltsam zu. Allein auf die bisher fünf Staaten entfallen über 40 Prozent der Weltbevölkerung und fast ein Viertel der weltweiten Brutto-Inlands-Produkte. Diese Zahlen werden bald überholt sein, denn noch 19 weitere Länder wollen dem Verband beitreten.

Allein für den Gipfel in Johannesburg wurden Einladungen an 69 Staaten aus Asien, Afrika und Südamerika verschickt, aber keine an die Staaten des politischen Westens. Das bedeutet nicht, dass man Unterschiede macht »zwischen dem Globalen Norden und dem Globalen Süden«, so ein russischer Diplomat, aber man richtet sich in erster Linie an all jene Ländern, die »die gleiche Vision für eine integrativere und gerechtere Weltordnung« haben. Das jedoch entspricht nicht der Grundeinstellung des politischen Westens und dürfte ihn insofern für längere Zeit ausschließen.

Aufgrund dieses unterschiedlichen politischen Selbstverständnisses, aber auch der wachsenden wirtschaftlichen wie auch militärischen Bedeutung besonders von Mitgliedern wie Russland und China bewertet man besonders in den USA das BRICS-Konzept als eine neue Blockbildung. Man befürchtet, dass dieser Verband mit jeder neuen Erweiterung mehr Einfluss in der internationalen Gemeinschaft haben wird. Zudem stellen die Mitgliedsstaaten die von den USA geführte Welt-Ordnung zunehmend infrage. Dementsprechend nimmt der Druck auf Beitrittskandidaten zu.

So hatten die Vertreter der EU-Staaten im Verlauf der Verhandlungen mit der Gemeinschaft der lateinamerikanischen und karibischen Staaten (CELAC) am 17. und 18. Juli die Lateinamerikaner aufgefordert, sich nicht

übereilt den BRICS anzuschließen. Die Europäer wissen, dass die südamerikanischen Staaten auf die Investitionen aus Europa angewiesen sind. Vermutlich will man frühzeitig auf dieses Druckmittel hinweisen, ehe sich noch mehr Staaten dem Verband anschließen, wie es Argentinien, Kuba und Venezuela beabsichtigen.

KESSELTREIBEN

Besonders die Republik Südafrika scheint unter zunehmenden westlichen Druck zu geraten. Im Februar hatte das Land zusammen mit den BRICS-Partnern China und Russland Manöver vor der eigenen Küste abgehalten, was von NATO- oder Mitgliedsstaaten der EU verurteilt wurde. Dabei hatte man offensichtlich vollkommen außer Acht gelassen, dass es sich bei Südafrika um einen souveränen Staat handelt, der zudem Monate zuvor auch eine Übung mit der französischen Marine abgehalten hatte.

Aber selbst in Teilen der südafrikanischen Eliten schien man das nationale Interesse lieber einer Parteinahme in einem internationalen Konflikt zu opfern, der Südafrika nicht betrifft. Kobus Marais von der oppositionellen Demokratischen Allianz (DA) stellte sich auf die Seite des politischen Westens und bezeichnet es als »Schlag ins Gesicht unserer Handelspartner, sich am Jahrestag der Invasion so eindeutig auf die Seite Russlands zu stellen«. Und Kapstadts Bürgermeisterin Geordin Hill-Lewis (ebenfalls DA) erklärte: »Kapstadt wird sich nicht an Russlands bösem Krieg beteiligen«.

Der Ukraine-Russland-Konflikt scheint besonders für die südafrikanische Opposition ein willkommenes Anlass, alte Rechnungen mit dem ungeliebten ANC zu begleichen, der nicht zuletzt mit chinesischer und sowjetischer Hilfe das Apartheid-Regime besiegt hatte. Denn kaum hatte der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) im März 2023 Haftbefehl gegen den russischen Präsidenten erlassen, war zwischen der südafrikanischen Regierung und Opposition eine sich ständig verschärfende Auseinandersetzung ausgebrochen, wie sich die Regierung des Landes zu diesem Haftbefehl verhalten sollte. Dieser Streit erhöhte nicht nur die Spannungen in der südafrikanischen Gesellschaft, sondern belastete auch die Gipfelvorbereitung der BRICS-Staaten selbst. Dasselbe Ziel dürfte auch die Behauptung des US-Botschafter

in Pretoria, Reuben Brigety, vom Mai dieses Jahres verfolgt haben: Südafrika habe »dem russischen Präsidenten Wladimir Putin für dessen Feldzug in der Ukraine Waffen und Munition zukommen lassen.«

Er bezog sich auf die Beladung eines russischen Frachters am 6. Dezember 2022 im südafrikanischen Militärhafen Simon's Town. Seitdem war aber schon ein halbes Jahr vergangen. Der Verdacht liegt nahe, dass der Vorwurf des US-Botschafters gezielt zu diesem Zeitpunkt in die Öffentlichkeit gebracht worden war, um die Stimmung gegen die Regierung weiter anzuheizen und den Druck zu erhöhen, Putin auszuladen.

DRUCK UND KÖDER

Dabei versäumte es Brigety nicht, die wirtschaftlichen Druckmittel anzudeuten, die den USA gegenüber Südafrika aus dem zollfreien Zugang zum US-Markt zur Verfügung stehen, ganz zu schweigen von einem eventuellen Investitionsboykott oder gar US-Sanktionen. Nach Schätzungen von Experten belaufen sich Südafrikas Exporteinnahmen bei den wichtigsten westlichen Handelspartnern allein auf etwa 32 Milliarden US-Dollar, fast ein Zehntel seines Bruttoinlandsprodukts.

Insofern ist Südafrika das schwächste Glied in der Gruppe der BRICS-Staaten, wo man den Hebel ansetzt, um einen Keil zwischen die Mitglieder dieses aufstrebenden Verbandes zu treiben. Nicht zuletzt die überraschende Bitte des französischen Präsidenten Macron um eine Einladung zum BRICS-Gipfel kann als solch ein Versuch verstanden werden. Vermutlich will man die Reaktionen der einzelnen Mitglieder testen, um etwaige Interessenunterschiede feststellen und ausnutzen zu können.

Bezeichnenderweise hat nicht Südafrika als Gastgeber den Wunsch Macrons abgelehnt, sondern der stellvertretende russische Außenminister Sergei Rjabkow. Südafrika hat anscheinend erst die Stellungnahme eines der großen Mitglieder abgewartet. Das hat in diesem Falle nicht für Spannungen gesorgt, zumindest nicht öffentlich. Das heißt aber nicht, dass nicht weitere Versuche vonseiten des Westens doch einen Keil zwischen die Mitgliedsstaaten treiben. Insgesamt scheint der Westen das Vorgehen gegenüber den BRICS-Staaten zu ändern. Der Druck auf einzelne Staaten und Beitrittskandidaten wird erhöht, was dem Stil der Amerikaner entspricht. So hat die amerikanische Vizeaußenministerin Victoria Nuland ihren Besuch in Südafrika angekündigt, damit »die Behörden des Landes ihre Beziehungen zu Moskau neu bewerten können«. Die Europäer versuchen es eher mit vergifteten Ködern à la Macron.

Dieser Text erschien auf der unabhängigen Journalistenplattform *apolut.net*. Dort ist er in Gänze als Audiostrecke anhörbar. Wir danken Kollegen und Autor für die Möglichkeit des Abdrucks.



Rüdiger Rauls, geb. 1951 in Trier, ist Journalist und Buchautor und betreibt den Blog »Politische Analyse«.



WIR SIND DIE 99 PROZENT!
MOTOR MITTELSTAND
KOLUMNE *von Wolfgang Greulich*

DER DEUTSCHE MICHEL LEBT

Der deutsche Michel, 1541 erstmals schriftlich erwähnt, hat von damals bis heute alle Zeiten überlebt. Überwiegend als dummer Bauer und Provinzler dargestellt, hat er doch stets die Wandlungsfähigkeit bewiesen – insbesondere im 30-jährigen Krieg oder auch in der 1848er Revolution.

Heinrich Heine hat danach gespottet: »Derweil der Michel geduldig und gut begann zu schlafen und zu schnarchen. Und wieder erwachte unter der Hut von vier und dreißig Monarchen.«. Die Nazis wollten ihn dann 1936 per Erlass verbieten, aber das gelang nicht, denn die deutsche Symbolfigur ist nicht totzukriegen, haben doch auch gerade unsere Medien einen regelrechten Narren an ihm, dem deutschen Michel, gefressen. Er hat das letzte Jahrhundert überstanden, wird auch diese Zeiten überstehen und sich erneut verändern.

Unions-Fraktionsvize Spahn, auch ein deutscher Michel, zeigt, was einen selbstdenkenden Mittelständler schon immer gewundert hat. Gestern noch Profi in Sachen Gesundheit, heute Fachmann für im Grundgesetz verankerte Grenzen bei Sozialabgaben, zudem Fachmann für Steuerentlastungen und Profi in Sachen Wohlstand und Wachstum. Wandlungsfähig *par excellence*, ein deutscher Michel halt. Wer in Sachen Corona in Berlin vor den Wasserwerfern stand, friedlich und demokratiebereit, dem kommt das kalte Grausen.

Eines aber ist in 2023 anders als in so manchen Zeiten davor. Einmal erwacht, für immer gelacht. Glückliche Menschen braucht das Land. Ja, wahrscheinlich noch niemals zuvor sind Menschen, Arbeitnehmer und Arbeitgeber gleichermaßen, in einer derart kurzen Zeit in einer solch hohen Anzahl regelrecht erwacht. Und, das Märchen Corona, das Märchen mit dem bösen Russen, das Märchen mit dem Klima und noch viele andere mehr, daran glauben sie nicht mehr. Klaus Schwab und Konsorten, ihre Namen sind die Benennung nicht wert, sehen ihre Agenda schwinden, denn niemand möchte sie haben. Weil sie böse und menschenverachtend ist, weil sie der Schöpfung lästert.

Weil sie von Menschen gemacht wurde, die nichts Gutes im Schilde führen. Sie sind gierig und gleichzeitig armselig, aber wir brauchen sie, so wie der Tag die Nacht, die Sonne den Regen. So ist das eben mit der Dualität des Lebens. Er lebe hoch, der deutsche Michel, denn langsam, aber zuverlässig wie schon immer, wird er zeigen, was in ihm steckt.

Es braucht wirklich einen großen *Reset*, überwiegend den in den Köpfen der 99 Prozent. Es ist wichtig, selbst die Wahrheit zu suchen, um dann Zusammenhänge zu erkennen. Widerstand und Wandel *made in Germany!*

Wolfgang Greulich ist Widerstandsaktivist und erfolgreicher IT-Unternehmer.

»Diese irrsinnige Politik tötet Menschen«

Interview mit Bauernsprecher Anthony Lee über die Situation der Landwirte | Von Klaus Müller

DW: Herr Lee, der Deutsche Bauernverband rechnet aufgrund häufiger und ergiebiger Regenfälle in diesem Sommer mit einer kleineren Getreideernte als 2022. Es sei fraglich, ob die Marke von 40 Millionen Tonnen Getreide erreicht werden könne, nachdem im vergangenen Jahr 43 Millionen Tonnen geerntet wurden. Wie ist die Lage aus Ihrer Sicht?

A.L.: Ich sage es mal so: Wären wir in Deutschland heute im Jahre 1923 und müssten von unseren Erträgen leben, würden viele Menschen hungern. Wir haben nicht nur quantitativ eine schlechte Ernte, sondern auch qualitativ. Wir haben in unserem Betrieb den schlechtesten Ertrag seit 13 Jahren. Der Weizen ist aufgrund eines zu geringen Proteingehalts und vor allem der Fallzahl oft nicht backfähig, nicht einmal mehr für die Tierfutterproduktion geeignet. In Österreich gehen aufgrund der sogenannten Krautfäule bereits sogar die Kartoffeln aus. Verursacht werden diese Probleme zunehmend durch Auflagen des *Green Deals* der EU, nach denen wir auf immer mehr Pflanzenschutzmittel verzichten müssen.

DW: Gibt es einen Zusammenhang zwischen dem Klimawandel und der schlechten Ernte?

A.L.: Nein! Wir haben einen normalen Sommer. Wir können nicht alles panikartig auf den Klimawandel schieben. Aber das Schlimme ist doch: Der Politik kann es gar nicht um CO₂-Einsparung gehen, sonst würden wir nicht unsere heimische Landwirtschaft immer weiter abschaffen, um dann Lebensmittel aus aller Welt zu importieren, aus Ländern, die noch nicht einmal ansatzweise unsere Standards haben – weder im Bereich Tierwohl, Umweltschutz, noch in sozialer Hinsicht. Dazu kommen noch andere Dinge, wie der irrsinnige Ausstieg aus der Kernkraft ...

DW: ... oder die EU-Auflage, nach der die Landwirte in der Anbauplanung für 2024 vier Prozent ihrer Flächen

stilllegen müssen.

A.L.: Richtig. Daran hält Landwirtschaftsminister Özdemir beharrlich fest. Es geht mit großen Schritten in Richtung Abgrund. Man muss sich das mal vorstellen: Uns droht weltweit eine Hungerkatastrophe. Und was tun wir in Deutschland? Wir kürzen einfach die Ressourcen. Diese irrsinnige Politik tötet letztlich Menschen. Wenn man im eigenen Land trotz herausragender Bedingungen für weniger Nahrung sorgt und diese deshalb dann anderen Ländern wegkaufen muss, ist man kausal verantwortlich dafür, dass andernorts Menschen hungern oder gar sterben. Zudem machen wir uns selbst in allen Bereichen abhängig.

DW: Deutschland importiert nun tonnenweise Weizen aus der Ukraine ...

A.L.: ...obwohl sie dort Pflanzenschutzmittel einsetzen dürfen, die bei uns schon seit Jahren verboten sind. Zudem: Wir benötigen keinen Weizen aus der Ukraine, bekämen diesen auch aus anderen EU-Ländern, etwa aus Polen. Aber die werden von ukrainischem Weizen überschwemmt. So landet dieser bei uns, obwohl arme Länder das Getreide viel dringender benötigen. Dort kommt nichts an. Stattdessen machen wir den Markt kaputt. Bei uns brechen die Weizenpreise ein, in Indien haben sie sich verdoppelt. Es ist paradox.

DW: Vor drei Jahren wurde die sogenannte Borchert-Kommission gegründet. Dieses Expertengremium sollte zu einem verbesserten Tierwohlniveau beitragen. Am Dienstag jedoch legte die Kommission ihre Arbeit nieder ...

A.L.: ... weil die Bundesregierung kein Finanzierungskonzept vorgelegt hatte. Warum nicht? Weil sie die Vorschläge der Kommission offenbar gar nicht umsetzen wollte. Vermutlich ist ihr das Tierwohl zu teuer.

DW: Sie haben sich gemeinsam mit vielen Kollegen vor einigen Monaten den Freien Wählern angeschlossen.



Im großen DW-Interview (Ausgabe 124) hatte Anthony Lee, Sprecher des Vereins »Landwirtschaft verbindet«, bereits im März gesagt, Wohlstand und sozialer Friede seien in Deutschland in Gefahr. Foto: privat.

Für diese treten Sie am 9. Juni 2024 bei der Europa-Wahl an. Was versprechen Sie sich davon?

A.L.: Ich erhoffe mir vor allem, dass wir die Grünen obsolet machen. Sie sind das Krebsgeschwür in der deutschen Politik, sie vernichten Wirtschaft und Wohlstand in unserem Land. Um es zu schaffen, müssen wir eine starke Alternative werden, so dass niemand mehr mit den Grünen koalieren muss und wir sie somit aus allen Parlamenten rauskriegen. Ich bin zuversichtlich: In Bayern liegen wir in den Umfragen bereits bei 14 Prozent, in Hessen bei sechs Prozent, in Sachsen schon bei vier Prozent.

DW: Sie hätten sich auch bei der AfD einbringen können, die laut Umfragen schon bei 21 Prozent liegt.

A.L.: Nein, ich kann mich nur einer Partei anschließen, hinter der ich zu 100 Prozent stehe. Dies ist bei den Freien Wählern der Fall. Hier steht der gesunde Menschenverstand im Vordergrund. Wir wollen eine Kraft werden, mit der jede andere Partei koalieren kann. Das sehe ich bei der AfD nicht.

DW: Sie erwähnten vor wenigen Tagen in einem Facebook-Video, dass Sie daheim nun drei Cannabis-Mutterpflanzen haben. Sind Sie also unter die Kiffer gegangen?

A.L.: (lacht) Anders lässt sich der politische Wahnsinn in unserem Land nicht mehr ertragen. Aber ich sage: Humor hilft immer.

DW: Herr Lee, vielen Dank für das Gespräch.



EIN HERZLICHER WILLKOMMENSGRUSS FÜR DEN KANZLER

Er hat es schon wieder getan! An der Firmenfassade des Maschinenbaubetriebs Carl Krafft & Söhne in Düren hängt eine neue politische Botschaft: Neben Kanzler Olaf Scholz sind acht weitere Kabinettsmitglieder zu sehen. Darunter prangt der Schriftzug: »Man sagt, es sei die schlechteste Regierung Europas.« Grund für das Plakat: Scholz war am Dienstag zu Besuch in Düren und wurde dank Michael Hess, dem Geschäftsführer des Unternehmens, in der Stadt so empfangen, wie er es verdient. In einer dazugehörigen Pressemitteilung lässt Hess kein gutes Haar an der Regierung. Sie bestehe »überwiegend aus nicht-fachkundigen Dilettanten«. An ihrer Spitze befinde sich »ein schweigsamer Kanzler, der die Realität negiert, sich offenbar seine eigene kleine Welt zusammenträumt und sich im Zweifelsfall nicht erinnern kann.« Bereits im Juni hatte Hess mit einem Plakat an der Firmenfassade für Wirbel gesorgt (DW berichtete in Ausgabe 138). Darauf waren Habeck und Baerbock abgebildet, darunter stand: »Wenn ein Clown in einen Palast einzieht, wird der Clown kein König, sondern der Palast wird zum Zirkus. – Grüne, nein danke.« Hess hatte im DW-Interview im Hinblick auf die Ampel erklärt: »Was uns in den letzten Monaten alles kredenzt wurde, ist nicht zu ertragen.« (kmü)

MELDUNG

GREAT RESET SCHREITET VORAN

Bangkok/DW. Pheu-Thai, größte Regierungspartei Thailands, will zur Förderung der Digitalisierung und der Konjunktur allen Bürgern ab 16 Jahren ein Handgeld von umgerechnet rund 260 Euro zukommen lassen, das nur in einem Umkreis von vier Kilometern um deren Wohnsitz ausgegeben werden kann und nach sechs Monaten verfällt. Dies berichtet *Blogger* Norbert Häring. (kmü)

DEUTLICHER ANSTIEG VON INSOLVENZEN

Berlin/DW. Laut Statistischem Bundesamt ist die Zahl der Unternehmensinsolvenzen im Juli 2023 um 24 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat gestiegen. Dies liege nach Aussagen von Experten der Wirtschaftsauskunftei *Creditreform* an gestiegenen Energiekosten und Zinsen, zudem auch an den Spätfolgen der Coronapolitik, berichtet die *Welt*. (kmü)

Waldbrände in Kanada: Soll die Angst vorm Klimawandel verstärkt werden?

Mehrere Ungereimtheiten lassen aufhören | BERICHT von Felix Feistel

Kanada wird derzeit von Waldbränden heimgesucht. Dabei stehen insbesondere die Northwest Territories mit ihrer Hauptstadt Yellowknife im Fokus der Aufmerksamkeit. Viele Medien berichten von fliehenden Menschen. Bis zu 20.000 der etwa 40.000 Einwohner der Region seien per Land und Luft auf der Flucht – nur einen Tag, nachdem die Behörden die Menschen vor dem Näherrücken der Flammen an die Stadt gewarnt und eine Evakuierung empfohlen hatten.

Auf der Stadtautobahn staute sich der Verkehr. Yellowknife selber hat keine 20.000 Einwohner. Die Behörden kündigten an, neben den kommerziellen Flügen acht Evakuierungsflüge einzurichten. Premierminister Justin Trudeau kündigte eine Sondersitzung an. Kanada, so wird berichtet, erlebt momentan die schlimmste Waldbrandsaison aller Zeiten, mit über 1.000 aktiven Feuern. 200 davon sollen allein die Northwest Territories heimsuchen. Die Meldungen aus Yellowknife klingen apokalyptisch. Es scheint, als bewege sich eine Feuerwalze auf die Stadt zu. Berichtet wurde zudem, dass das Feuer zum Zeitpunkt der Evakuierung nur noch 17 Kilometer von der Stadt entfernt gewesen sei.

Sieht man sich dagegen die Satellitenaufnahmen des kanadischen Feuerinformationssystems an, stellt man fest, dass nicht eine große Feuerwalze die Wälder vernichtet und auf die Stadt zurast, vielmehr handelt es sich um einige kleinere Feuer, die



Demokrat am 19. August 2023 in Wuppertal hinterfragt bündnisgrüne Doppelmoral. Foto: Georgi Belickin/DW.

zudem noch etwa 50 Kilometer von der Stadt entfernt sind. Schaut man sich dann noch den zeitlichen Verlauf an, erkennt man, dass die Anzahl der Feuer sogar zurückgeht. Das System zeigt zudem Brände in anderen Regionen Kanadas. So gibt es in Britisch Columbia offenbar noch mehr Brände als in den Northwest Territories.

Die Fokussierung auf letztere Region, die noch dazu kaum bewohnt ist, scheint daher etwas willkürlich.

Waldbrände in Kanada sind nichts Ungewöhnliches und suchen das Land schon seit hunderten von Jahren heim. So schrieb Autor Algernon Blackwood schon in seiner

1910 veröffentlichten Geschichte von verheerenden, aber typischen Waldbränden. Dennoch werden die diesjährigen Brände zum Anlass genommen, auch ein großes Medienereignis zu schaffen, etwa indem die Einwohner der Stadt Yellowknife evakuiert werden. Zudem wird betont, Kanada erlebe die schlimmsten Waldbrände seit Beginn der Aufzeichnungen, und dass die Zahl und Ausdehnung der Waldbrände aufgrund des menschengemachten Klimawandels zunehme. Allerdings gehen die Aufzeichnungen des Canadian Wildland Fire Information System, der National Forestry Database Kanadas und des Global Fire Data maximal bis in das Jahr 1990 zurück. Für einen Nachweis der Zunahme von Bränden genügt dieser Datensatz nicht. Interessant ist auch, dass auf Wikipedia bereits ein Artikel zur Waldbrandsaison 2023 in Kanada eingerichtet wurde. Dieser wurde allerdings zu einem großen Teil von einem einzigen Benutzer angelegt und editiert, der darin auch auf den Klimawandel verweist.

Es gibt also eine Reihe von Ungereimtheiten, was die Brände in Kanada angeht. Es scheint, als würde eine multimediale Show inszeniert, um die Angst vor dem Klimawandel noch weiter zu verstärken. Ähnliches konnte man schon bei der kurzen Hitzewelle im Juli, die Südeuropa heimgesucht hatte, beobachten, und auch die Feuer auf der Insel Maui werden in diese Richtung ausgeschlachtet. Damit sind die Waldbrände in Kanada ein weiterer Teil der Klimawandelshow mit dem Ziel, die Akzeptanz für totalitäre Maßnahmen zu fördern, die international gefordert werden (DW berichtete).

BERGKARABACH: DROHT EIN VÖLKERMORD?

Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidshan sorgt für neue Opfer | BERICHT von Felix Feistel

Nachdem es 2020 zu einem weiteren Krieg zwischen Armenien und Aserbaidshan kam, der unter russischer Vermittlung endete und im vergangenen Jahr noch einmal entflammte, war es in der Region ruhig geworden. Beide Seiten nahmen Verhandlungen auf, die in einer gemeinsamen Erklärung gegenseitiger Anerkennung der territorialen Integrität endeten. Doch der Konflikt zwischen den beiden Ländern schwelt noch immer und bringt neue Opfer hervor.

Der zentrale Streitpunkt ist das Gebiet Bergkarabach, in dem ethnische Armenier leben, das aber von Aserbaidshan beansprucht wird. Diese Region hatte sich im Krieg in den 90er-Jahren zu einer unabhängigen Republik erklärt und wird von Armenien unterstützt. Allerdings ist die einzige Verbindung zwischen Arzach, so der armenische Name des Gebietes, und Armenien der Latschin Korridor. Dieser wurde jedoch schon im Dezember besetzt von einer Gruppe Aserbaidshaner, die sich selbst als Umweltaktivisten bezeichnen und gegen die Ausbeutung von Rohstoffen protestieren. Armenien wiederum spricht von Soldaten Aserbaidshans. Getreide, Treibstoff

und Medikamente können so nicht mehr nach Arzach gelangen, worunter die Bevölkerung leidet. Rund 2.000 Schwangere, 30.000 Kinder, 20.000 ältere Menschen und 9.000 Behinderte sind davon derzeit betroffen, wie der armenische Botschafter bei der UNO, Mger Margajan, erklärte. Er warnte vor einer humanitären Katastrophe. Der ehemalige Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofes (IstGH), Luis Moreno Ocampo, warnte nun vor einem Völkermord an den Bewohnern Arzachs. Dieser, so erklärte er, würden auch dann vorliegen, wenn jemand für eine ethnische Gruppe Lebensbedingungen schafft, »die zu ihrer physischen Zerstörung führen.«

Weiter sagte Ocampo: »Der Internationale Strafgerichtshof hat bereits gesagt, dass die Blockade des Latschin-Korridors, der die einzige Verbindung zwischen Bergkarabach und Armenien darstellt, eine ›solche direkte Gefährdung des Lebens der armenischen Bevölkerung in Bergkarabach‹ sei.« Er forderte die UN zudem auf, eine gemeinsame Resolution gegen Aserbaidshan zu formulieren und eine strafrechtliche Untersuchung zu fördern. Auch Armenien beantragte am 12. August eine Dringlichkeitssitzung des UN-Sicherheitsrates, um die Lage in Bergkarabach zu erörtern. Margarjan bat

die internationale Organisation darum, der armenischen Delegation die Teilnahme an der Sitzung zu ermöglichen.

Die EU hat sich bei dem Wiederaufflammen des Krieges im vergangenen Herbst noch als Vermittler betätigt, hält sich in der Angelegenheit Arzach allerdings sehr zurück. Grund dafür ist, dass sie im vergangenen Jahr ein Abkommen mit Aserbaidshan über die Lieferung von Erdgas geschlossen hat. Kritik kommt lediglich immer wieder von EU-Abgeordneten Martin Sonneborn (Die Partei), der schon den Gasdeal kritisiert hat. Dafür wurde er von Baku auf die Schwarze Liste gesetzt, weshalb er nun nicht mehr nach Aserbaidshan einreisen darf. Russland gilt allgemein als Schutzmacht Armeniens, unterhält allerdings gute Beziehungen zu beiden Ländern. So liefert Russland auch Waffen an beide ehemaligen Sowjetrepubliken. Auch sind russische Soldaten im Latschin Korridor stationiert, um diesen zu sichern und zu kontrollieren. Allerdings unternehmen diese nichts, um die Blockade aufzuheben. Moskau will offenbar seine Beziehungen zu Baku nicht gefährden.



Felix Feistel ist studierter Rechtswissenschaftler mit dem Schwerpunkt Völker- und Europarecht.

MELDUNG

WAGNER-CHEF PRIGOSCHIN
ANGEBLICH TOT

Moskau/DW. Wie die russische Nachrichtenagentur Tass meldet, sind bei einem Absturz eines Privatflugzeugs zehn Menschen ums Leben gekommen. Auf der Passagierliste stand auch Jewgeni Prigoschin (62), Chef der Söldnergruppe Wagner. Kurz vor Redaktionsschluss dieser Ausgabe bestätigte sein Telegramkanal Grey Zone am späten Mittwochabend, Prigoschin sei tot. Der Privatjet war auf dem Weg von Moskau nach St. Petersburg. (kmü)

+++ IN ALLER KÜRZE GEMELDET +++

+++ Wie der Blog tkp.at meldet, hat der Oberste Gerichtshof in Pretoria (Südafrika) entschieden, dass das Gesundheitsministerium und der Minister die Verträge über die Beschaffung von Covid-19-Impfstoffen, die Verhandlungsprotokolle und die Absichtserklärungen an die Health Justice Initiative (HJI) herausgeben müssen. Grund sei das öffentliche Interesse. +++ Ein stellvertretender ukrainischer Bataillonskommandeur hat offenbar seine Soldaten gezwungen, ihm ein Eigenheim zu bauen. Knapp ein Jahr soll seine Militäreinheit mit dem Bau des Hauses in der Nähe von Odessa beschäftigt gewesen sein. +++ (kmü)

DW: Herr Masuth, wie sah Ihr Leben bis zum Ausrufen der Coronapandemie aus?

Uli Masuth: Ich habe Musik und Germanistik auf Lehramt studiert, bin aber nie in der Schule gelandet, sondern wollte lieber auf die Bühne, was dank meiner Frau und Agentin über 20 Jahre recht erfolgreich funktioniert hat. Tja, und dann kamen die Coronamaßnahmen.

DW: Diese sind längst ausgelaufen. Ist jetzt alles wieder gut?

U.M.: Leider nicht. Die Maßnahmen sind zwar passé, dafür macht sich eine neue Unkultur breit, die *Cancel-Culture-Kultur*.

DW: Sie haben sich bereits recht früh kritisch zu den Maßnahmen geäußert. Was hat Sie dazu gebracht?

U.M.: Kritisch zu sein, ist ja nun mal so was wie das Fundament des politischen Kabarets. Für mich war es also nichts Besonderes, auch hier kritisch hinzuschauen. Als es 2020 losging, fühlte ich mich gleich an die proklamierte Schweinegrippe erinnert, die damals Dr. Wolfgang Wodarg noch ziemlich schnell kippen konnte. Als er dann Mitte März 2020 in einem Interview bei – ich glaube, es war – *Frontal21* erneut auf die Schweinegrippe hinwies und dass ihn die Corona-Panikmache daran erinnerte, dachte ich noch, dass auch diese Geschichte bald vorüber sein würde.

DW: Stattdessen sollte es der letzte Auftritt Wodargs in den Öffentlich-Rechtlichen gewesen sein – bis heute.

U.M.: Richtig. Dr. Wodarg wurde daraufhin dermaßen medial an die Wand gestellt, dass mir klar war, dass das hier etwas Größeres werden würde. Diese Befürchtung hat sich dann leider bewahrheitet.

DW: Wie haben Sie Ihre Kritik geäußert?

U.M.: Ich war auf Demonstrationen, unter anderem auf dem Rosa-Luxemburg-Platz in Berlin im Frühjahr 2020. Im August 2020 waren dann zwischenzeitlich auch wieder Auftritte möglich. Auf der Bühne sagte ich, dass ich nach meinem damaligen Programm *Mein Leben als ICH* auch noch etwas zu der Corona-Geschichte sagen würde. Wer wolle, könne bleiben. Im Anschluss hielt ich dann eine fiktive Rede von Angela Merkel, von der ich mir gewünscht hätte, dass Angela Merkel sie im März 2020 tatsächlich gehalten hätte.

DW: Was sagte »Ihre« Bundeskanzlerin?

U.M.: Also, meine Bundeskanzlerin war sie nie. Der Tenor dieser Rede war: Wir haben hier ein neues Virus, Viren sind aber nichts Neues und auch Coronaviren kennen wir seit vielen Jahrzehnten. Gehen Sie viel in die Natur, machen Sie Sport, treffen Sie sich mit Freunden und lassen Sie es sich gutgehen, das ist gut für Ihre Gesundheit, trinken Sie keinen Alkohol und schlafen Sie viel. Also alles, was in jedem Gesundheitsratgeber steht. Ich sagte das, weil wir genau das Gegenteil von ihr gehört hatten: *Social Distancing*, keinen Kontakt, nicht rausgehen. Diese Rede habe ich einige Male gehalten. Als ich im Landestheater in Memmingen damit aufgetreten bin, gab es eine riesige Aufregung. Im Nachhinein. Die Intendantin des Landestheaters schrieb zu einer recht positiven Kritik des Abends eigenhändig einen Kommentar und warf mir Verschwörungstheorien, Antisemitismus, Rechtsextremismus vor. Dieses ganze Zeug eben, obwohl die Dame überhaupt nicht im Programm gewesen war. Das hat ziemlich hohe Wellen geschlagen mit der Folge, dass

ich im Allgäu nicht mehr von den Bühnen eingeladen werde, auf denen ich bis dato aufgetreten war. Und so ging die Sache ihren Gang.

DW: Haben Sie einen solchen Sturm der Entrüstung denn bereits früher bei kritischen Auftritten erlebt?

U.M.: Nein, nie. Es gab Kontroversen, aber niemals Diffamierung. Was man mir manchmal nach meinen Auftritten gesagt hat, war, ziemlich »linkslastig« zu sein. Also in dem Sinn, dass die Linke zu gut wegkam in meinem Programm. Mag sein. Durch die Corona-Nummer habe ich folgende Erfahrung gemacht: Ich bin als Linker ins Bett und als Nazi aufgestanden. Das hätte ich in dieser Form, wie viele andere Menschen auch, nicht für möglich gehalten.

DW: Die Drangsalierung ging bei Ihnen so weit, dass Ihnen die Staatsmacht mit einer Hausdurchsuchung einritt. Wie wurde das begründet?

U.M.: Meine Frau ist von Haus aus Kirchenmusikerin und sang jahrelang in dem, zumindest damals noch, hochwertigen Bach-Ensemble in Weimar. Dort sind alle Menschen rausgefliegen, die sich nicht haben impfen lassen. Weil meiner Frau das Singen aber wichtig ist, hat sie ein kleines Doppelquartett gegründet und dort war auch der Weimarer Richter Christian Dettmar als einer der beiden Bassstimmen dabei. Als dann die Hausdurchsuchung bei Christian Dettmar durchgeführt wurde, haben wir auch eine bekommen.

DW: Was war die Begründung?

U.M.: Die amtliche Begründung war, dass meine Frau »ein Kennverhältnis zu Christian Dettmar« hat.

DW: Wahnsinn.

U.M.: Das war auch für uns juristisches Neuland, das hier betreten wurde.

DW: Wie lief die Durchsuchung ab?

U.M.: Wir waren nicht vor Ort, sondern im Urlaub. Eine Freundin von uns, die gerade bei uns zuhause die Blumen goss, rief uns an, dass die Polizei und Staatsanwaltschaft im Haus stünden, alles durchwühlten und Unterlagen und technische Geräte mitnehmen würden.

DW: Kam dabei denn irgendetwas Relevantes für den Fall heraus?

U.M.: Nein. Das wurde einfach mal so gemacht, herausgekommen ist dabei nichts. Meine Frau und er singen eben gemeinsam in einem Chor und es besteht ein freundschaftliches Verhältnis zwischen uns. Für die Staatsorgane Grund genug, auch von mir sämtliche elektronischen Speichermedien zu konfiszieren.

DW: Man hat Sie als prominenten Kritiker anscheinend auf dem Kieker. Zuletzt wurde Ihnen im baden-württembergischen Ettlingen eine Veranstaltung gecancelt. Was war da los?

U.M.: Wir waren schon wieder im Urlaub ...

DW: Sie wollen anscheinend nicht dazu lernen, Herr Masuth.

U.M.: Der Kulturamtsleiter der Stadt, Herr Bader, rief uns an und sagte, dass die Presse einen wahnsinnigen Druck ausüben würde wegen meines Auftritts.

DW: Damit meinte er wohl das Lokalblättchen *Badische Neueste Nachrichten*.

U.M.: Richtig. Nachdem das Kulturprogramm für das Jahr 2024 veröffentlicht

»ALS LINKER I ALS NAZI WIE

Der Kabarettist Uli Masuth über Verleumdung, Hausdurchsuchung und ein großes Festival Anfang September in Weimar | Von I

wurde, so Bader, würde die Presse Sturm laufen, weil ich *Querdenker* bin und deshalb ausgeladen werden müsse. Er hätte sogar Gespräche mit dem Bürgermeister (CDU, Anm. der Redaktion) über meinen Auftritt geführt und man sei zu dem Schluss gekommen, dass ich nicht auf die Bühne dürfe. In der Zeitung stand dann das Zitat Herrn Baders, dass »Ettlingen für diese Art Kabarett keine Adresse« sei. Eine Null-Aussage und eine Nicht-Begründung. Inhaltlich hat man sich mit meinem Programm anscheinend überhaupt nicht auseinandergesetzt.

DW: Passiert Ihnen das häufig?

U.M.: Im März 2023, bei den Kabarett-Tagen in Dettingen, das rund 100 Kilometer von Ettlingen entfernt liegt, hat es einen ähnlichen Fall gegeben, aber dort konnte ich auftreten. Dort hatte sich zwar nicht die Presse gegen mich beim Bürgermeister ausgesprochen, sondern Privatpersonen, die behaupteten, dass mit mir eine schlimme Person in die Stadt käme. Der Bürgermeister Michael Hillert (parteilos, Anm. der Redaktion) rief auch die Kulturamtschefin an und fragte nach. Diese sagte ihm, dass im Internet viel geschrieben wird, ich aber bereits mehrmals, ohne verhaltensauffällig geworden zu sein, in der Stadt aufgetreten sei, und sie sich dafür stark mache, den Auftritt stattfinden zu lassen. Das erfuhr ich allerdings erst im Nachhinein.

DW: Wie war der Auftritt?

U.M.: Alles lief gut. Aber am Ende meines Auftritts sprang der Bürgermeister auf die Bühne ...

DW: Oh, Gott!

U.M.: ... und hielt eine dreiminütige lobende Laudatio auf meinen Auftritt. Er sagte, dass es einfach sei, den Leuten, das zu sagen, was jeder hören wolle. Politisches Kabarett müsse jedoch kritisch und nicht *Mainstream* sein. Und er versprach mir in die Hand, dass es weitere Auftritte in seiner Stadt Dettingen geben werde. Man solle sich alles anhören und sich ein eigenes Bild machen. Es sei schade um die Menschen, die nicht da gewesen sind, um das zu tun.

DW: Die Stadt Ettlingen und Dettingen, so ähnlich sie klingen mögen, trennen also nicht hundert schwäbische Kilometer, sondern Welten.

U.M.: Es war wirklich bewegend. Die Aussagen des Bürgermeisters des Nachbarorts schickte ich auch nach Ettlingen. Dieser hatte mir nachträglich sogar noch ins Gästebuch auf meiner *Homepage* geschrieben: »Politisches Kabarett muss kritische Themen auch mal aus ungewohnter Perspektive differenziert beleuchten dürfen. Du hast die Schweigespirale durchbrochen, welche die notwendigen, kritischen Stimmen bei manchen emotional und ideologisch verkauften Themen unserer Zeit unterdrückt. Dein Programm war echtes politisches Kabarett, nicht weichgespült. Sehr empfehlenswert! Das hat mir und sicher auch anderen einiges



Uli Masuth (oben) ist seit Jahrzehnten erfolgreicher politischer Kabarettist im deutschsprachigen Raum. Er kritisiert, will man ihn von den Bühnen vertreiben. Doch Masuth leistet Widerstand. Foto: Rosa-Luxemburg-Platzes aus einem Taxi heraus Stapel des Demokratischen Widerstand. Der Platz wurde mit »kontaminiertem Material« erklärt worden. Nur die Durchfahrt war möglich. Die Zeitung wur

NS BETT GEHEN UND DER AUFSTEHEN«

usdurchsuchungen und sein
Hendrik Sodenkamp



zu denken gegeben.« Doch an der Absage in Ettlingen änderte das nichts.

DW: Was sind die Konsequenzen?

U.M.: Es ist noch ein Auftritt in der Stadt Lahr geplant, die ebenfalls im Dunstkreis der *Badischen Neuesten Nachrichten* liegt. Dort bin ich ebenfalls bereits einige Male aufgetreten, wir kennen uns also. Ob der Auftritt aber stattfinden wird, kann ich noch nicht sagen, denn auch dort rufen Grünenpolitiker bereits an und wollen den Auftritt *canceln* lassen und zensieren.

DW: Kulturamtsleiter lassen aus ihren Amtstuben heraus Veranstaltungen verbieten und sprechen städtische Bannsprüche aus, Grünenpolitiker greifen in der Stuhlkreis-Runde zum Telefon und setzen Kunstvereine unter Druck, damit diese ihre Programme nach ihren Wünschen gestalten. Unfassbare Vorgänge im Deutschland der Gegenwart.

U.M.: Da gibt es aber auch positive Entwicklungen. Menschen, die von den Fällen mitbekommen, schreiben jetzt nicht mehr nur mir und meiner Frau und drücken ihr Bedauern über das *Canceln* aus, sondern sie schreiben auch dem Kulturamtsleiter, den Bürgermeistern und auch den *Badischen Neuesten Nachrichten* und kündigen ihre Abos. Es sind viele tolle Nachrichten, die mich in Kopie erreichen. Diese Entwicklung, dass die Entscheidungsträger direkt mit dem Unmut über ihre Handlungen konfrontiert werden, ist positiv.

DW: Machen Sie wegen der *Cancel Culture* Anfang September 2023 in Weimar Ihr eigenes Festival?

U.M.: Mein »eigenes Festival« würde ich nicht sagen, eher: ein Festival, genauer »DAS FESTIVAL«. Die Idee hatte ich bei einem Netzwerktreffen mit Musikern aus ganz Deutschland im September 2022. Und diese Idee ist dann ziemlich groß geworden. Festival-Macher werde ich auf Dauer wohl nicht. Denn die Organisation dieses Festivals war zwei Säcke voller Arbeit und hat unglaublich viel Zeit gefressen. Ob ich mir das nochmal antue? Mal sehen.

DW: Das Festival findet vom 1. bis zum 3. September im historischen Schießhaus statt. Wer kommt?

U.M.: Es ist ein Festival für Musik und

Wort, also treten viele tolle Musiker auf: Marta Murvai, eine international gefeierte Violonistin, wird im Duett mit dem Weimarer Pianisten Veit Wiesler spielen, der hier über zwanzig Jahre an der Musikhochschule Franz Liszt in Weimar gelehrt hat und sich in einer 90-seitigen Arbeit kritisch zu den Coronamaßnahmen geäußert hat. Mit der Folge, dass er da nicht mehr lehrt. Es spielt die Markus Stockhausen Group, das Martina Gebhardt Quartett, Claudio Puntin, Christian Elin und Gero Körner, das Trio jo.Feuerbach, der Percussionist Al Zanabili, das Ensemble Ost-West Klang, das Quartett Lauschkonzert und Jens Fischer Rodrian.

DW: Das war Musik. Und das Wort?

U.M.: Gabriele Gysi, Ulrike Guérot und Jürgen Fliege unterhalten sich über die Frage, ob wir uns in einem kulturellen Bürgerkrieg befinden. Der Theologe Martin Michaelis, der Vorsitzender vom Pfarrverband Mittelthüringen war, bis er seine Position in der Corona- und Impfdebatte öffentlich vertrat, wird einen Vortrag zur Rolle der Kirche halten, ebenso wie der renommierte Psychiater Hans-Joachim Maaz zur Friedensfähigkeit und Kriegslust. Die Schauspielerinnen Britta Berthold und Philine Conrad werden, begleitet vom Akkordeonisten Tobias Morgenstern, eine Trilogie aus Szenen von Alex Lorette und Philine Conrad präsentieren. Um nur einige, der über 40 Mitwirkenden zu nennen. Alle Informationen und Tickets erhält man auf der Internetseite [dasfestival.eu](https://www.dasfestival.eu).

DW: Warum »eu«?

U.M.: Weil »de« schon vergeben war.

DW: Wie wird es nach dem Festival für Sie weitergehen?

U.M.: Durchatmen! Bilanz ziehen. Dann liegt mein Hauptaugenmerk wieder auf dem Kabarett. Der nächste Auftritt ist in Köln, dann vielleicht in Lahr und auch ansonsten bin ich im Herbst ganz gut gebucht. Ich spiele noch das nächste Jahr, also 2024, dann habe ich mich noch zu einem Auftritt im Februar 2025 überreden lassen und dann höre ich auf. So ist jedenfalls der Plan.

DW: Und die Aufarbeitung der Coronajahre und die Kritik?

U.M.: Die gehen selbstverständlich weiter.

DW: Herr Masuth, wir danken Ihnen für das Gespräch.



Das Letzte – von Anselm Lenz

SEHR GEEHRTE LEGITIMIERERINNEN DER VERNUNFT!

Der international erfolgreiche und in der Relevanz seiner Arbeit dennoch weit unterschätzte Fotograf und Filmmacher Kai Stuth (2. Bild unten im Text) wird am 1. September 2023 seine neue Dokumentation präsentieren. In »Können 100 Ärzte lügen?« kommen Mediziner eingehend zu Wort, die sich nicht als Geisel für das menschenrechtswidrige Propaganda-, Maßnahmen- und tödliche Genspritzenprogramm namens »Corona« haben nehmen lassen.



Titelbild des Films »Können 100 Ärzte Lügen?«

Was geschah und geschieht wirklich? Ging es um eine soziale, möglicherweise gar kommunistische Agenda, wie vielfach behauptet wird – oder ist genau dies nur die übliche Spaltung in Gedankenlager, um die »fällige Revolution« (vgl. Albrecht Müller, vgl. Anonym/Unsichtbares Komitee) neofaschistisch zu umschiffen? So oder so: Die Sache ist gescheitert und mit ihr das System. Das Vernünftige ist nun allfällig: Die Querfront der Demokraten, 5.Punkte-Plan (siehe Seite 2), Verfassungserneuerung, Wirtschafts- und Sozialcharta!



Der Fotograf Kai Stuth

Messbare und organisierte Solidarität bedeutet für uns, hier und jetzt, dass diese Zeitung akut Einkünfte benötigt, um erhalten zu werden. Der Erhalt des DW ist die Voraussetzung für dessen weiteren Aufbau. Auf der Seite 16 finden Sie dazu alles Nötige.



In seiner Fotoserie Ignorance Pulls The Trigger dokumentierte Stuth Demokraten der Gegenwart.

Jetzt! Herzlich achtungsvoll grüßt mit Dank,

Anselm Lenz
Journalist & Verleger, Gründer der neuen Friedens- und Demokratiebewegung seit 28. März 2020
(Bilder von Kai Stuth, 100aerzte.com)

gen Raum. Weil er es wagte, öffentlich den Coronaterror und die Lügen der Bundesregierung
dos rechts: DW-Herausgeber Anselm Lenz überreicht Uli Masuth im Frühjahr 2020 nahe des
en DW-Herausgebern war ein Betretungsverbot ausgesprochen und die Zeitung zu »Viren-
rde mittlerweile über 30 Millionen Mal verteilt. Fotos: Masuth

Wer unterbietet mehr?

Die frankreichweite Revolte ist abgeflaut. Aber unter der Oberfläche brodelt es weiter. Kann sich die fünfte französische Republik noch halten? DW-BERICHT und AUFARBEITUNG in mehreren Teilen von Anselm Lenz aus Clermont Ferrand und Berlin (Sechster und letzter Teil)

Die Franzosen haben die Faxen dicke. Die Pariser Stadtrevolte von 2005, Occupy Wallstreet (New Yorker Börse besetzen), die Verfassungsgebenden Versammlungen von »Nuit Debout« (nachts aufgewacht), die Arbeiter-, Angestellten- und Bauernbewegung der Gelbwesten: Frankreich steht seit Jahren vor der Revolution. Als am 27. Juni 2023 motorisierte Inlandseinheiten der Staatspolizei den 17-jährigen Nahel M. erschießen, entfaltet sich schlagartig eine landesweite Revolte.

Immer wieder die Frage: Ist es wirklich so schlimm, dass der Mensch Revolutionen machen muss? Helfen die überhaupt irgendjemandem weiter? – Die Frage ist berechtigt und nicht einfach mit dem pauschalen Aufruf abzutun, »die Revolution ist großartig, alles andere ist Quark!« (nach Rosa Luxemburg). Revolutionen sind fast immer fürchterlich blutig und nur selten so übersichtlich wie vor dem Fall der Berliner Mauer, der möglicherweise weit mehr »nach Plan« ablief, als wir Deutschen es alle gerne hätten.

Die Französische Revolution von 1789 steht (stand) weltweit für den Durchbruch der Moderne: Menschenrecht, Pressefreiheit, Bürgerrechte, Kappung von Klerus und Fürstenherrschaft. Damit Wegfall solcher Scheußlichkeiten wie dem »Recht der ersten Nacht«, Leibeigenschaft, Willkür, Unterdrückung, Segregation, Sklaverei; in Weiterungen auch Abschaffung der Stände oder Kasten, überkommener Privilegien. Stattdessen: »Alle Menschen sollen wie Geschwister sein!«, sind nicht nur vor Gott, sondern immerhin schonmal in ihren Rechten gleichwertig.

SCHOLZ FÜHLT
SICH BEJUBELT

Im Zuge der vielbeschworenen Postmoderne, die mit dem »Ende der Geschichte« (Francis Fukuyama) in eins fallen will, will man mit all dem Plunder aufräumen. Demnach sei die Moderne, mit Sozialreformen und dem Anspruch auf Wohlstand für alle,



Die Freiheit ist in der Geschichte noch nie nur friedlich erlangt, sondern immer auch blutig gegen die Mächtigen erkämpft worden. »Die Freiheit führt das Volk« des französischen Malers Eugène Delacroix. Das 2,60 mal 3,25 Meter große Bild entstand im Jahr 1830. Es befindet sich heute im Louvre in Paris. Foto: CC/Louvre

nichts als ein großer Murks gewesen. Problemkanzler Olaf Scholz (SPD) brachte den nun offen affirmierten Rückfall in den Neo-feudalismus nach seiner Münchener Höllerede vom 18. August 2023, in der er die neue Friedens- und Demokratiebewegung als »gefallene Engel aus der Hölle« beleidigte und damit Dante falsch zitierte, auf diese Formel: »Und dann gibt es das demokratische Erlebnis, dass diese Stimmen der Querdenker im Jubel der anderen untergehen.«

Scholz war vehement ausgebuht worden, obwohl er sich wie das gesamte BRD-Politikpersonal seit 2020 kaum noch auf öffentlich zugänglichen Veranstaltungen zeigt. Er deklamiert im gestärkten Hemd nur noch bei geskripteten und mit Parteisolddaten zusammengestellten Propagandaveranstaltungen. Bei einer der Hofschranzenshows stellte ein PR-Agent von Mitte Dreißig die im Skript eigentlich für ein Kind vorgesehene Gag-Frage: »Sehr geehrter Herr Scholz, warum tust du nichts?« (Sic!) Ein kleiner, geplanter Sommerlacher mit Scholzens prompter Antwort, »stimmt doch nicht, ich tu jeden Tach was!«. Auch ohne das Kind, das wohl gerade Pinkelpause machen musste, ein »demokratisches Erlebnis«, womöglich innerer wie äußerer Parteitag, gesendet in der Tagesschau – jeder Widerspruch herausgeschnitten, der PR-Pappkamerad drin.

In der BRD der Gegenwart gibt es sie nicht, die größte, langanhaltendste und in allen Regionen unseres Landes am stärksten verbreitetste Erhebung aller Jahrhunderte der deutschen Geschichte: Die neue Friedens- und Demokratiebewegung seit 28. März 2020 mit insgesamt über zehn Millionen Teilnehmern und noch mehr Sympathisanten (und wachsend). Es gibt allenfalls ein paar Querdenker, vielleicht derer »20.000« (Olaf Sundermayer, RBB), die meisten Nazis, Reichsbürger, jedenfalls alle Antisemiten, und wenn das nicht, dann eben »gefallene Engel aus der Hölle«.

HINTER JEDER
HECKE EIN LUZIFER

Dabei war der deutsche Regierungschef noch gut weggekommen. Die tagelange Revolte in Frankreich ging nicht mit Buhrufen,

Friedenstauben und Spaziergängen ab, sondern war zornig, ging auf »Auge um Auge, Zahn um Zahn« aus, kippte jäh und mit geheimdienstlichen Anschlag in Plünderungen und idiotische Gewalttriale abseits der Machtzentren um – »die Bilder, die wir gesehen haben«. Die französischen Machthaber sparten nicht mit Flüchen, doch von der Beschimpfung des eigenen Staatsvolkes als »Teufel« ist nichts bekannt. Und nichts anderes ist die Figur des Höllensturzes, die Scholz nun so ungenlenk und kenntnislos bemühte. Die Leute wollen Frieden mit Russland, die Verabschiedung der Besatzungstruppen, die sich seit über 78 Jahren in ihrem Land aufhalten und die Verfassungs-erneuerung aus dem Volk selbst mit Wirtschafts- und Sozialcharta. Sie werden dafür wohl keine Revolution machen, das scheint sich mittlerweile abzuzeichnen.

»Das Unbehagen in der Kultur« (Sigmund Freud) scheint die Machthaber trotzdem ergriffen zu haben. Die Fantasien vom überflüssigen Menschen, von »Überbevölkerung« und dem dem zutiefst depressiven Hirnspinns, Planet Erde wäre ohne Menschen besser dran, scheinen sich jahrzehntelang durchs Bewusstsein gefressen und nun in Form von Niederschlagung des Volkes und skrupelloser Spritzenexperimente mit massenhaften Schädigungen und Todesfolgen Bahn gebrochen zu haben. »Die Freiheit nehm' ich mir!«

In Frankreich war die massive Revolte nach der Tötung eines einzelnen jungen Mannes entstanden und flaute bis zum 8. Juli 2023 ab. Die selbstdelegitimierte fünfte Republik wird weitere Erschütterungen kaum aushalten. Aber das sagten wir auch schon nach den großen Gelbwestenaufständen. Bezeichnend für den Zustand der deutschen Intelligenz ist die Ignoranz gegenüber der Originalübersetzung von »Das Konspirationistische Manifest« (Sodenkamp & Lenz Verlag) von der weltbekannten französischen Autorengruppe Unsichtbares Komitee / Anonym. Das Werk gibt auch über die aktuelle Entwicklung Auskunft. Aber solcherlei Flegelei und Feigheit der Regimepresse und leider auch einigen Bloggern kennen wir bereits in Bezug auf diese Zeitung. Und so steht die Gelbwesten-Losung nur umso stolzer: »On est là!« Wir. Sind. Da.

Neu!

VERANSTALTUNGSKALENDER

29.08.23 • Saarbrücken; genauer Ort wird noch bekannt gegeben • VORTRAG/ DIALOG • »Angst essen Freiheit auf!« von Kayvan Soufi-Siavash • 18:30 Uhr – 22:00 Uhr • Tickets: 27€ unter [krasser.guru](#)

30.08.2023 • Hamburg; Theater ADU, Ernst-Mittelbach-Ring 47, 22455 Hamburg • STAND-UP-COMEDY • »Cancelled Comedy Club« von und mit Nikolai Binner • 20:00 Uhr • Tickets: 25,69€ unter [eventbrite.de](#)

30.08.23 • Hess. Bergstraße; genauer Ort wird noch bekannt gegeben • VORTRAG/ DIALOG • »Angst essen Freiheit auf!« von Kayvan Soufi-Siavash • 18:30 Uhr – 22:00 Uhr • Tickets: 27€ unter [krasser.guru](#)

01.-03.09.2023 • Weimar; historisches Schießhaus, Johann-Heinrich-Gentzplatz 1, 99423 Weimar • FESTIVAL • »Musik & Wort in Weimar« mit Martina Gebhardt Quartett, Votum, Lauschkonzert, Ulrike Guérat & Gabriele Gysi, Hans-Joachim Maas, Jens Fischer-Rodrian, Uli Masuth und vielen anderen Künstlern • Beginn 19:00 Uhr • Tickets unter: [dasfestival.eu](#)

01.-03.09.2023 • Magdeburg; Unterhorstweg, Salbker See, 39122 Magdeburg • FESTIVAL • »Frieden« mit StreetOps Music, Guy Dawson, Perin Dinekli, Prof. Martin Schwab und vielen mehr • Freitag ab 16:00 Uhr, Samstag ab 10:00 Uhr, Sonntag 10:00 Uhr – 16:00 Uhr • Tickets unter [www.MdFF.eu](#)

02.09.2023 • Lebedorf (Sachsen-Anhalt, bei Könnern) • SOMMERFEST/ KONZERT • »Friedenskonzert« mit Björn Banane und Yann Song King • ab 16:00 Uhr • Eintritt: 25€ unter 18 Jahre Eintritt frei • Vorverkauf unter [www.bernborg-steht-auf-ev.de](#)

09.09.2023 • Bautzen; Kornmarkt • FRIEDENSFEST • mit Wolfgang Effenberger, Owe Schattauer, Martin Müller-Mertens, Alex Quint und weiteren. Musik von Yann Song King, Corona Bavaria, Esteban Cortez u.v.m., Moderation: Julia Szarvasy • 15:00 Uhr – 22:00 Uhr • Eintritt frei, Spenden willkommen

10.09.2023 • Köln; Hinterhofsalon, Aachener Str. 68, 50674 Köln • KABARETT • »Lügen und andere Wahrheiten« von und mit Uli Masuth • 19:00 Uhr • Tickets: 24€ unter [www.kabarett-musik.de](#)

12.09.2023 • Hamburg; Die Burg – Theater am Biedermannplatz 19, 22083 Hamburg • FAIR-TALK • »Klima-Narrative – Zwischen Alarmismus und Wissenschaft« Jens Lehmich im Gespräch mit Markus Fiedler, Anthony Lee, Michael Limburg und Felix Feistel • 19:30 Uhr • Tickets ab 25€ unter [reservix.de/tickets-fair-talk-tv/119041](#) oder [adticket.de/Fair-Talk-Live-on-Tour.html](#)

13.09.2023 • Hamburg; Die Burg – Theater am Biedermannplatz 19, 22083 Hamburg • FAIR-TALK • »Tiefer Staat – Verdeckte Operationen und investigativer Journalismus« Jens Lehmich im Gespräch mit Dirk Pohlmann, Jutta Rabe, Patrik Baab und Mathias Bräckers • 19:30 Uhr • Tickets ab 25€ unter [reservix.de/tickets-fair-talk-tv/119041](#) oder [adticket.de/Fair-Talk-Live-on-Tour.html](#)

14.09.2023 • Hamburg; Die Burg – Theater am Biedermannplatz 19, 22083 Hamburg • FAIR-TALK • »Die Macht der Worte – Neusprech, Wortverbote, Sprachvorschriften. Wie politisch korrekt spricht Deutschland?« Jens Lehmich im Gespräch mit Peter Hahne und weiteren • 19:30 Uhr • Tickets ab 25€ unter [reservix.de/tickets-fair-talk-tv/119041](#) oder [adticket.de/Fair-Talk-Live-on-Tour.html](#)

23.09.2023 • Templin; Seniorenlandsitz „An der Buschheide“, Dargersdorfer Str. 123, 17268 Templin • VORTRAG • »Nur durch Frieden bewahren wir uns selber. Die Bergpredigt in der Zeitenwende« von und mit Dr. Eugen Drewermann • 19:00 Uhr, Einlass ab 17:15 Uhr • Voranmeldung in Form einer Überweisung von mindestens 5€ auf das Konto des FEBID e.V., Volksbank Uckermark GENODEF1PZ1, IBAN: DE59 1509 1704 0121 8687 09

25.09.2023 • Bad Dürkheim; Salierhalle, Kurbrunnenstr. 32, 67098 Bad Dürkheim • VORTRAG • »Krisen-Tsunami« von Ernst Wolff • 19:00 Uhr, Einlass ab 18 Uhr • Tickets: 27€ unter [krasser.guru](#)

01.07.-31.10.2023 • Berlin; unterschiedliche Orte und Zeiten • DJEMBE KURS • Resonanz und Rhythmus für den Fluss des Lebens• Ali Wagner gibt Trommelkurse in der Gruppe ab Juni 2023 • 10€ pro Person pro Stunde • Information und Anmeldung unter 01520 6585133, [wichowaka@outlook.de](#)

Wenn wir Ihre Veranstaltung ankündigen sollen, schreiben Sie eine E-mail an veranstaltung@demokratischerwiderstand.de Aktuelle Hinweise gibt es im Newsletter über <https://nichtohneuns.de>

UNSER BITCOIN SPENDEN-QR-CODE ZUM SCANNEN



3FyeclmLurGH59q7DQJLCSdinYndGyEyWt

Negativliste Banken nach Erfahrung der Redaktion:

Bank of America

N26

Revolut

Solarisbank

Skatbank

DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

UNTEILBAR



NICHTOHNEUNS.DE

DAS ZEITUNGSWUNDER 2020 BIS ...?

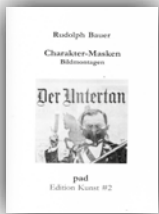
Die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand seit 17. April 2020 mit teils über 700.000 echt verteilten Exemplaren, einer Gesamtauflage von über 25 Millionen in 145 Ausgaben. Dank allen Beteiligten! Bild: Titel des DW N° 3 vom 1. Mai 2020.

JAHRESABO ABSCHLIESSEN:

demokratischerwiderstand.de/abo

DW-EMPFEHLUNGSLISTE

Diese Bücher sind im freien Handel erhältlich.
Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an
DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin



CHARAKTER-MASKEN
Bildmontagen
Rudolph Bauer
Pad-Verlag, bestellbar auf
demokratischerwiderstand.de



CORONA. INSZENIERUNG EINER KRISE.
Prof. Klaus-Jürgen Bruder,
Prof. Almuth-Bruder Bezzel,
Dr. Jürgen Günther (Hgg.)
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-5-3



WIE ICH MEINE UNI VERLOR
Michael Meyen

Edition Ost
ISBN: 978-3-89793-377-4



DIE CORONA-VERSCHWÖRUNG
Brigitte Röhrig

Rubikon-Verlag
ISBN: 978-3-96789-042-6



DAS KONSPIRATIONISTISCHE MANIFEST.
Anonym

Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-9-1



ENDSPIEL DES KAPITALISMUS
Norbert Häring

Quadriga-Verlag
ISBN: 978-3-404-07007-7



DIE CORONA-LITANEI –
Gedichte gegen die verordnete
Verödung des Lebens
Dr. Werner Köhne
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-8-4



DAS CORONA-ABC:
Von Alarmsismus bis Zensur
Schwarzbuch Corona Band II
Sven Magnus Hanefeld
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-6-0



**JAHRES-CHRONIK DER DEMOKRA-
TIEBEWEGUNG 2020/21**
Redaktion: Casey Koneth mit Beiträgen
von u.a. Beate Bahner, Robert F. Kennedy
Jr., Daniele Ganser, Prof. Giorgio Agamben
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-2-2



**JAHRES-CHRONIK DER DEMOKRA-
TIEBEWEGUNG 2021/22**
Redaktion: Casey Koneth mit Beiträgen
u.a. von Nina Adlon, Prof. Hans-Jürgen
Bandelt, Ken Jebsen Milosz Matuschek
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-4-6



**WIE ICH MEINE
UNI VERLOR**
KOLUMNE MEDIEN

von Prof. Michael Meyen

Medienkolumne 20: Zeit für eine Zwischenbilanz, die wegführt vom Journalismus und hin zu den Universitäten. Dort werden die Musiker konditioniert und die Lieder komponiert, die wir alle zu singen haben.

Als ich Ende März den ersten Text an die DW-Redaktion geschickt habe, dachte ich: Mal schauen, ob ich das schaffe. Jede Woche ein Thema finden und auf wenigen Zeilen so besprechen, dass es jeder verstehen kann – pünktlich zum Redaktionsschluss, mitten im laufenden Semesterbetrieb.

Heute weiß ich: Das war die kleinste Herausforderung. Themen gibt es wie Sand am Meer. Staatsgeld für die Presse, große und kleine Aufreger um Mathias Döpfner, Holger Friedrich oder Til Schweiger und immer wieder der öffentlich-rechtliche Rundfunk, der sich jede Woche so viel leistet, dass man damit eine ganze Zeitung füllen könnte. Die eigentliche Herausforderung lag woanders. Diese Kolumne war

ein Anlass, um auf den DW einzuprügeln und auf mich als Autor.

Als Forscher habe ich schon immer am meisten gelernt, wenn ich selbst betroffen war. Kein Buch, kein Interview und kein Archiv können das ersetzen, was man selbst erlebt. Warum, so hieß die Frage diesmal, warum wird ein kleiner Professor aus allen Rohren beschossen, wenn er für eine kleine Zeitung schreibt? Die kurze Antwort kam postwendend von meinem Präsidenten an der LMU in München: Reputations-transfer. Wir wollen nicht, dass unser akademischer Ruhm den DW adelt.

Eine etwas längere Version gibt es ab Montag zwischen zwei Buchdeckeln. Ich schreibe dort auch über mich und den DW, natürlich, eigentlich aber geht es um die Unterwerfung der Universitäten. Die Freiheit von Forschung und Lehre ist systematisch ausgehöhlt worden – von den gleichen Akteuren, die die Leitmedien gekapert und so dafür gesorgt haben, dass Wissenschaft und Journalismus ganz ähnlich ticken und nicht mehr aus der Reihe tanzen.

Bei Titel und Verlag hatte ich es leicht. Birk Meinhardt, ebenfalls aus der DDR, hat vor drei Jahren beschrieben, warum seine Ehe mit der Süddeutschen Zeitung zerbrach. Titel: »Wie ich meine Zeitung verlor«. Mein Buch heißt folgerichtig: »Wie ich meine Uni verlor. Dreißig Jahre Bildungskrieg. Bilanz eines Ostdeutschen«.

Michael Meyen, geboren 1967 auf Rügen, ist Diplom-Journalist und Professor für Kommunikationswissenschaft in München.



**LEHRT CHRISTENTUM
BLINDEN GEHORSAM?**

KOLUMNE CHRISTEN
IM WIDERSTAND

von Prof. Dr. Dr. Daniel von Wachter

Da in der Coronakrise sogar viele freikirchliche Christen der Regierung Glauben schenken, könnte man meinen, dass das Christentum blinden Gehorsam lehrt. Viele beriefen sich auf das 13. Kapitel des Römerbriefs: »Jedermann sei untertan der Obrigkeit, die Gewalt über ihn hat.«

Doch hier ist von den Mächten die Rede, welche die Übeltäter bestrafen, also von Gerichtsbarkeit und Rechtsvollzug. Hier wird nicht ein Staat legitimiert, der unter dem Vorwand, die Welt zu verbessern, unser Leben weitgehend reglementiert und uns einen Großteil unseres Geldes wegnimmt. Paulus wäre gegen den Versuch einer Macht-ergreifung, wie sie die Zeloten anstrebten, welche die Römer vertreiben wollten, um eine jüdische Herrschaft zu errichten. Aber er wäre auch gegen blinden Gehorsam.

Einige Christen sagten in der Coronakrise, man müsse nur dann dem Staat nicht

gehorsamen, wenn er der Bibel widersprechende Taten befiehlt. Das hieße, dass man gegen böse Taten der Herrscher nichts tun dürfte und dass jede Vorschrift des Staates, die nicht unmoralische Handlungen vorschreibt, rechtlich und moralisch bindend wäre. Das würde jeden Diktator freuen.

Jesus warnte die Jünger, dass sie »den Gerichten übergeben und in den Synagogen« geschlagen werden (Markus 13,9). Die meisten der Jünger wurden von den Herrschern hingerichtet. Das wäre ihnen wohl kaum widerfahren, wenn sie den Herrschern stets willig gehorcht hätten. Die Herrscher haben meistens das echte Christentum gefürchtet und versucht, es so zu manipulieren, dass es ihre Herrschaft unterstützt. Jesus lehrte die Menschen, selbst das Gute zu erkennen und zu tun. Damit untergrub er das Vorschriftenystem der Pharisäer und zog deshalb ihren Hass auf sich.

Der christliche Glaube führt uns aus dem System von Befehl und Gehorsam heraus – hin zur echten Erkenntnis des Guten. Dann erkennen wir auch unsere eigene Schuld, für die Christus aber Vergebung möglich gemacht hat. Aus der Vergebung erwächst dann die Besserung des Menschen. Christen sollen »Früchte bringen« und »Licht« in einer dunklen und verrückten Welt (Philipper 1,14) sein. Dazu gehört auch der Widerstand gegen die bösen Taten des Staates.

Prof. Dr. Dr. Daniel von Wachter ist Philosoph und Theologe, er lebt mit seiner Familie im Fürstentum Liechtenstein. www.von-wachter.de



SPORT MIT BERTHOLD
VON DAMEN UND
MANNSCHAFTEN

Nach dem gewonnenen WM-Finale der Fußballfrauen in Australien drückte der spanische Verbandspräsident Luis Rubiales (45) der gestandenen spanischen Spielmacherin Jennifer Hermoso (33) einen »fetten Schmatzer« auf den Mund.

Seither sind die lust- und lebensfeindlichen Kräfte mal wieder am durchdrehen. Teils heißt es sogar, die »sexuelle Gewalt gegen Frauen muss gestoppt werden!«. So, als hätte ein alter Lüstling einem verängstigten Teenager unsittlich unter der Dusche aufgelaurt, um sodann zur Vergewaltigung überzugehen.

Der spanische Präsident wurde wahrscheinlich von der Politik genötigt, sich zu entschuldigen. Ich möchte dem Schwachsinn keine weitere Plattform geben, denn in solchen besonderen Momenten sollen und dürfen Emotionen gezeigt werden! Es liegt in der Natur der Menschen, den Gefühlen auch mal freien Lauf zu lassen. Eine WM ist ein sehr langes Turnier und die spanische Damenmannschaft hat Großartiges geleistet und dann das Finale gegen England mit 1:0 gewonnen. Punkt, Ende, basta.

**DAS FEINDBILD IST
DER FUSSBALLSPORT!**

Es wird leider immer öfter über diese unwichtigen Randerscheinungen ein mediales Fass aufgemacht, wo es doch um die sportlichen Leistungen gehen sollte. Das kennen wir auch aus wichtigeren Zusammenhängen als der »schönsten Nebensache der Welt«, dem Fußball: Zensur und Verunglimpfung der deutschen Sprache, Gender- und Woke-Wahnsinn. Der Volkssport Fußball darf da als Feindbild natürlich nicht fehlen.

Es wird aus den untersten Amateurligen berichtet, dass seit der letzten Saison jetzt auch Frauen und Männer in derselben Mannschaft spielen dürfen. Früher wurden aus solchen Ligen nur die Spielergebnisse angezeigt. Jetzt erscheint zum abfeiernenden Artikel ein Bild der Spielerin. Was löst das im Leben von Kindern und Jugendlichen aus, wenn sie damit auf Dauer konfrontiert werden?

Ich für meinen Teil kann nur hoffen, dass diese Zeiten nicht zu lange dauern und es eine Bereinigung auf allen Ebenen geben wird. Der Sport ist gut beraten, wenn er Abstand zur Politik nimmt. Daher sollten die obersten Vertreter einer gewissen Nicht-Politik-Compliance unterliegen, das wäre meine Vorstellung.

Thomas Berthold ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unab abschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivildienstverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen

Art. 146 Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.

herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Böden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernsthafte Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

Die Zeitung des Grundgesetzes kommt im dezenten Umschlag.

BIS ZUM UMFASSENDEN SIEG
ABONNIEREN SIE DIE ZEITUNG DER LIBERALEN OPPOSITION

Diese Zeitung ist von einem informativen Flugblatt zu einer der auflagenstärksten Wochenzeitungen gewachsen. Seit der ersten Ausgabe vom 17. April 2020 ist sie keiner Partei verpflichtet und als weit verbreitetes Druckerzeugnis nicht mehr aus der Welt zu löschen. Wir verkaufen keine Daten und sind zu Konzernen, Regierungen und Mäzenen auf Distanz.

Wir haben den Widerstand als unabhängige Zeitung im Jahr 2020 für alle etabliert. Auch 2023 wollen wir wollen wir vermeintlich größere Zeitungen in jeder Hinsicht überholen! Das ist möglich aufgrund der Unterstützung von Zehntausenden einzelnen Spendern und freiwilligen Verteilern, denen die Verbreitung von Kenntnis in der Bevölkerung in Form dieser gedruckten Zeitung wichtig ist. Dafür danken wir! Dazu beliefern wir Zehntausende Einzelabonnenten, die auf dem Laufenden bleiben. Immer 5 Wochen in Folge, dann 1 Woche Druckpause.

Die kommende Ausgabe DW 146 erscheint am Samstag 9. September 2023!

SO GEHT ES:

1. Ein Jahresabonnement abschließen auf unserer Seite demokratischerwiderstand.de
2. Ein Quartalsabo abschließen auf unserer Seite demokratischerwiderstand.de
3. Fünf Ausgaben per Postbestellung.

BEGINNER-ABONNEMENT FÜR DEMOKRATIELIEBHABER

• Wenn Sie die kommenden 5 Ausgaben per Post im Einzelabonnement von uns zugeschickt bekommen möchten, legen Sie gern diesen ausgefüllten Coupon zusammen mit 15,- EUR in einen frankierten Briefumschlag und senden diesen an die Adresse des Unterstützervereines (siehe unten). • Bitte in DRUCKBUCHSTABEN ausfüllen, danke!

NAME	_____
TELEFON • E-MAIL	_____
STRASSE, HAUSNUMMER	_____
POSTLEITZAHL UND ORT	_____

DW-Zeitung
Postfach 35 02 16
10211 Berlin